

ALLES

PIKETTY

ODER WAS?

HANS-JOACHIM STADERMANN

BERLIN 31. MAI 2015



## INHALTSVERZEICHNIS

1. PIKETTY ODER DIE EVOLUTION DES UNMÖGLICHEN	3
2. THOMAS PIKETTY ALS FLUCHTHELFER	11
3. DIE DEUTSCHE BESETZUNG KONTINENTALEUROPAS	17
4. KOSTEN ODER EINKOMMEN	25
5. KONTINENTALEUROPA WIRD DER WELTMÄCHTE ZANKAPFEL	33
6. PIKETTYS WELT	41
7. OBEN UND UNTEN ODER DRUNTER UND DRÜBER?	53
8. LITERATURVERZEICHNIS	57



## 1. PIKETTY ODER DIE EVOLUTION DES UNMÖGLICHEN

**I**m Jahr 2014 sind in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ungewöhnlich viele Bücher erschienen, die eine breite Leserschaft fanden. Thomas Pikettys Buch, „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ ([2013] 2014) gehört, wenn nach der Auflagenhöhe oder nach dem Presseecho entschieden wird, zweifellos dazu. Es wird ausnahmslos als ungewöhnlich interessanter und bedeutender, fraglos lesenswerter Beitrag zur Wirtschaftswissenschaft beschrieben. Einhellig begeistert war vor allem die Resonanz in den Feuilletons der „bürgerlichen“ Presse. Das ist sicher ein erstaunlicher Erfolg für einen „sozialistischen“ Ökonomen. In der Verlagsankündigung auf dem Schutzumschlag des Buches gespiegelt, liest sich das so: Springers Welt sieht in dem Buch „Ein Werk von historischer Tiefe ...“; die Süddeutsche Zeitung „Eine brillante Erzählung über Reichtum und Armut.“ Für die Frankfurter Allgemeine ist „Thomas Piketty [ ... ] der Ökonom der Stunde.“ Auch das Handelsblatt findet, dass, „wer immer sich ernsthaft mit der Ungleichheit beschäftigt“, an Piketty nicht mehr vorbeikommt.

Das, was diese Begeisterung in den Feuilletons auslöst, ist wahrscheinlich die Hoffnung, dass hier jemand am Horizont des ökonomischen Sternenhimmels aufgestiegen ist, der mit seiner Kritik nicht frontal die herrschende Lehre in Bausch und Bogen angreift. Vielmehr zeigt Piketty seinen Lesern einen von Vielen bereits gesuchten Notausgang aus dem erschöpften neoklassischen „Paradigma“. Es gibt ein immer deutlicher werdendes Versagen der an den Hochschulen vorherrschend gelehrten Wirtschaftswissenschaft. Dies vor allem im Fall ihrer Anwendung auf die an sie in der erlebbaren Wirtschaftswirklichkeit gestellten Aufgaben. Nur noch in den Journalen der Schulökonomik, in denen Referees sichern, dass „the State of the Art“ und zwar ohne zu viel Überraschungen reproduziert wird, sind die Veröffentlichungen noch nicht vom Zweifel angesteckt. Gleiches gilt für die alltäglichen Produkte der Redakteure für Wirtschaft und Finanzen der Tageszeitungen. Bevor Journalisten hier Entscheidungen über Inhalte von Nachrichten und Kommentaren treffen,

haben sie das Alter erreicht, indem sie diese nach Grundsätzen fällen, die zwei Generationen von Wissenschaftlern zuvor für viel Aufregung an den Hochschulen gesorgt haben. Ihre ihnen hierin ähnlichen Leser danken es ihnen. Freilich sollte auch nicht übersehen werden, wie sehr das, was als Stabilität der Wirtschaft gelobt wird, vielleicht hier ihren Ursprung hat.

Fundamentale Kritik an der herrschenden Lehre findet sich dort, wo Ihre Ideen gepflegt und fortentwickelt werden sollten, nicht mehr. Da sie sich aber nicht unterdrücken lässt, hat sie sich anderorts eingenistet. Es sind insbesondere die Feuilletons großer Tageszeitungen, die ihnen Asyl gewähren. Sie tun es, weil ihre Redaktionen von ihren oft besser allgemeingebildeten Lesern einem weit höheren Druck ausgesetzt sind, als ihre Kollegen in den Wirtschafts- und Finanzredaktionen.

Noch viel Schlimmeres als über die Wirtschafts- und Finanzredakteure muss leider von den Koryphäen hoch oben auf den universitären und außeruniversitären Leuchttürmen der Wirtschaftsweisheit berichtet werden. Ihr eigentliches Publikum, die Studenten der Wirtschaft, haben sie vom Campus bereits vor mehr als 25 Jahren vertrieben. Nur bald Achtzigjährige erinnern sich heute noch daran, dass der Anteil der BWL-Studenten an den Studierenden des Faches Wirtschaftswissenschaft in den 60er Jahren weit weniger als 50 % betragen hat.

Die gesamtwirtschaftliche Sicht galt zu dieser Zeit noch als die Wirtschaftswissenschaft im eigentlichen Sinne. Allerdings humpelten die „Volkswirte“ der von Beginn an transkontinental organisierten Wirtschaft mit der naiven Vorstellung hinterher, man könne eine derartige Organisation in den Grenzen einer Nation begreifen. Ganz abgesehen davon, dass der Bezug auf das Volk vollkommen unpassend ist und das Gebilde Nationalwirtschaft hätte heißen müssen.

Die Betriebswirtschaft war erst ab ungefähr 1920 überhaupt Gegenstand eigenständiger universitärer Lehre. Adam Smith, David Ricardo, James Stewart Mill und alle, die ihnen nachfolgten, waren sich sicher, dass es keine Wissenschaft vom Betrieb geben konnte. Alles, was die Unternehmer oder ihre Manager tun müssen, steht bereits in den von ihnen verfassten berühmten Büchern. Die Losung heißt:  $r \text{ max.}$  Die in der

Wirtschaft von den Einzelwirtschaftern mithilfe von Versuch und Irrtum aufgrund von Erfahrung zu realisierende Profitrate ist das Profitmaximum. Nicht früher darf der „Kapitalist“ ruhen, nicht die Suche nach anderen Möglichkeiten der Allokation der verfügbaren Ressourcen und bislang unrealisiert gebliebenen Gewinnchancen aufgeben, ehe nicht in einer jeden Produktion die Gleichgewichtsprofitrate ( $r_{\max}$ ) realisiert ist. Zumindest für die Klassik galt als Nebenbedingung, dass das Produktionsergebnis auch die Reproduktion der Ausgangssituation sein musste, also die Wiederholbarkeit gesichert war.

Schon Adam Smith wusste, dass durchaus unterschiedliche Profitraten dauerhaft nebeneinander existieren können. Er hat sich deswegen einen Katalog von Nebenbedingungen erdacht, die stabile, von einer Gleichgewichtsprofitrate dauerhaft abweichende Profitraten als Ausnahme für bestimmte Produktionen zu denken erlaubten, ohne die Einheitsprofitrate als Grundsatz fragwürdig werden zu lassen.

Das Gegenteil aber ist wahr: Nicht das Hinzufügen von Nebenbedingungen lässt das generell Geltende auch im speziellen Fall als zutreffend zeigen. Erst das sukzessive Abziehen von Wahrnehmungen aus dem All und deren Einfügung in ein isoliertes, in sich selbst geschlossenes Gleichgewicht für einen bestimmten Wahrnehmungsbereich erlaubt es, eindeutige Kräfte und Beziehungen zu einem Erfahrung ermöglichenden Denksammenhang zu bilden. So ist auch die Theorie der Wirtschaft erst durch Absehen von der komplexen Gesamtheit aller Erscheinungen, in die das Wirtschaften fraglos eingefügt bleibt, möglich geworden. Die Abstraktion vom zwar richtigen aber fruchtlosen „alles hängt mit allem zusammen“ von den Physiokraten bis hin zu den Keynesianern, musste studiert werden. Die Lehren aus den Wirtschaftsbetrieben wurden dagegen, wenn sie Beachtung fanden — wenn nötig, auch auswendig — gelernt.

Ein Wirtschaftsstudium befasst sich danach mit der Suche nach der angemessenen Abstraktion. Erst das aus dem All, der Gesamterscheinung Abstrahierte ist logisch zu einem Handlungsanweisungen liefernden Zusammenhang „Wirtschaft“ zu verbinden. Der Betrieb wird dagegen häufig als Mikrokosmos in dieser Wirtschaft aufgefasst. Deren Isolation aus dem

All oder der Welt wird dann nicht mehr wahrgenommen. Betriebe erscheinen deswegen übersichtlich genug, um die Substitution ihrer „Wirklichkeit“ durch abstrakte Denkformen zu erübrigen. Das Elend der Chicago-Economics, die aus diesem Vorgang entstanden sind, besteht darin, umgekehrt aus den Betrieben eine mikroökonomisch fundierte „Wirtschaft“ zu aggregieren und so aus dem einzelwirtschaftlichen Profitoptimum in den Betrieben auf ein gesamtwirtschaftliches Optimum zu schließen. Aus der einzelwirtschaftlichen Sicht sind Kostensenkungen ein Mittel zur Erhöhung des Profits der Kapitaleigentümer. Gesamtwirtschaftlich sind sinkende Kosten aber sinkende Einkommen und damit keineswegs ein Mittel zur Steigerung der Wohlfahrt durch einen Zugewinn an Wettbewerbsfähigkeit, sondern eines zur Senkung von Nachfrage und Beschäftigung.

Der aufmerksame Piketty-Leser wird bemerkt haben, dass in dessen Opus nicht die Profitrate der Betriebe der Leitstern für die Gesamtwirtschaft ist. Der Profit ist bei Piketty auch nicht mit dem identisch, was die Schulökonomik unter diesem Begriff versteht. Er ist der aus Grundrente, Zins und dem, was von der Schulökonomik bisher als Profit bezeichnet wurde, zusammengesetzte Einkommensanteil, der Vermögenseigentümern und Anbietern von Diensten aus Investitionen zufließt. Wollte man eine Verwechslung vermeiden, könnte man es Überschusseinkommen nennen. Piketty spricht von „Vermögenseinkommen“, das ist für ihn Einkommen, das von Haushalten ohne Leistungsabgabe bezogen wird. Wie es scheint, ist die Wirkung dieser Änderung völlig unbeachtet geblieben. Dabei stellt sie – bei richtiger Betrachtung – nichts anderes dar als die Aufhebung der mikroökonomischen Steuerungswirkung der Profitrate.

Damit bleibt er hinter einer möglichen „Entschleierung“ der klassischen und neoklassischen Taxonomie zurück. Das Gegenteil ist richtig, wie weiter unten zu lesen ist. Es gibt kein Vermögenseinkommen, auch kein Kapitaleinkommen, wie er an anderer Stelle behauptet. Vielmehr sind dies Einkommen der Eigentümer des Vermögens und des Kapitals. Es ist die Institution Eigentum, wie es Adam Smith bereits wusste, die ein solches Einkommen möglich macht, weil sie es ermöglicht, Nichteigentümern die Produktionsmittel vorzuenthalten, die sie zum Einsatz ihrer



produktiven Kräfte brauchen. Es ist typisch für die Schulökonomik und auch für Piketty, dass dieser Punkt völlig ausgeblendet wird. So etwa wird der Haushalt als „Eigentümer“ seiner Arbeitskraft gesehen. Wie jemand Eigentum an etwas haben kann, das mit seinem Körper verbunden ist und nicht von diesem abgetrennt werden kann, ist nebenbeigesagt, schon Rätsel genug. Aber diese beiden auch noch als gleichwertig anzusehen, und auf Märkten zu tauschen, ist schon ein arglistiges Spiel. Es sollte nicht unbemerkt bleiben. Es wird auch nicht bemerkt, dass Leistungen der Arbeitskraft, auf dem Stand der Technik nur einsetzbar sind, wenn sie zusammen mit den produzierten Produktionsmitteln eines Kapitaleigners wirken. Umgekehrt kann zwar auch nur mit Arbeit aus den Produktionsmitteln ein Produkt hervorgebracht werden. Fairer Wettbewerb zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Anbietern von Arbeitsleistung setzt voraus, dass entweder keiner Anderen das komplementäre Element der Produktion vorenthalten kann, oder alle Parteien können es auf vergleichbare Art und Weise. Kritiker der klassischen und der Neuklassiken Schulökonomik vermuten, es sei zumindest für längere Fristen einfacher, Arbeiter nicht einzustellen, als das Angebot von Arbeitsleistungen im Streik zu verweigern. Die Vermutung stützt sich auf die sogleich zu erläuternde Einsicht, Das wäre dann ein strukturelles Ungleichgewicht. Es muss zu Einkommensverteilungen führen, die dauerhaft das Markteinkommen der Anbieter der Arbeitsleistungen gegenüber den Kapitaleignern benachteiligen.

Bei Piketty kann diese Idee nicht aufkommen. Wenn nämlich das „Vermögenseinkommen“ mit dem „Verdiensteinkommen“ zum „Nationaleinkommen“ addiert wird, fällt es sowohl der einen als auch der anderen Gruppe von Einkommensbeziehern zu. Es ist dann oft eine Frage der individuellen Bewertung, was dem Anteil nach als „Vermögenseinkommen“ und was als „Verdiensteinkommen“ zu verstehen ist. „Verteilung“ heißt bei Piketty entsprechend: Die Teilung des Nationaleinkommens in Einkommen aus Verdienst und aus Vermögen. ist nicht die unter den Dienenden und Vermögenden. Gerechte Verträge sind auf Märkten unmöglich, wenn der Maßstab der Gerechtigkeit ein rein subjektiv bewertetes Etwas ist, wenn jeder Einzelne seine Verdienst- und Vermögensanteile

zum Beispiel als Freiberufler anders gewichtet oder durch seinen Beschäftiger anders gewichtet bekommt.

In der Meteorologie mag die Einführung eines wind-chill-Effektes noch angehen. Wenn von gefühlter Temperatur die Rede ist, werden die Gefühle des Herrn Maier und der Frau Schulze nicht aggregiert. Wer die personal gefühlte Einkommensverteilung zu einer interpersonalen Einkommensverteilung aggregiert, wie es bei Piketty mit seinen personalen Verdienst- und Vermögenseinkommensmischungen geschieht, wird sicher immer eine eindeutige Zahl erhalten, die Nominalverteilung genannt werden könnte. Über die gefühlte Gerechtigkeit würde aus ihr niemand etwas erfahren.

Die zentrale These in Pikettys Werk ist eine definitorisch aufgestellte Ungleichung. Sie postuliert, eine Profitrate, die größer als die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft ist, zum Regelfall für reife Wirtschaften und leitet daraus das „Gesetz“ ab, je weiter sich eine Wirtschaft von einer nachholenden zu einer reifen entwickelt, desto schneller divergieren Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft. Und desto deutlicher wird Ungleichverteilung als Unrecht empfunden. Dadurch werden die entgegengesetzten, dezentrierenden Kräfte generiert. Sie setzen periodisch eine Umkehr der Entwicklung bis zum Wiedererstarken die Konzentration fort. Es entsteht so Schritt für Schritt eine bipolare Gesellschaft. In dieser stehen immer weniger aber immer reichere Vermögenseigentümer einer immer mehr verarmenden, von allem Vermögen entblößten Schar von Dienstleistern gegenüber. Sein Schluss besteht dann in der Behauptung gute Regierungstätigkeit könne und müsse dieser Entwicklung durch eine Kapitalsteuer Einhalt gebieten. – Gut gebrüllt, Löwe!

Was aber ist das für ein Gesetz der kapitalistischen Entwicklung, das sich einfach durch eine Kapitalsteuer aufheben ließe? Ein Evolutionär, der so etwas glaubt, kann niemandem gefährlich werden. Könnte der Beifall, den Piketty von denen erfährt, die ihn über den grünen Klee loben, vielleicht die Folge davon sein, dass er als harmloser Weltverbesserer eingeschätzt wird, dessen Reformvorschläge geradezu unerfüllbare Realisierungsbedingungen (Piketty, [2013] 2014 S. 697-738) erfordern und des-

wegen Vermögeneigentümer niemals bedrohen? In der Tat spricht vieles und nicht zuletzt er selbst dafür, dass Piketty der Reformier des Unmöglichen ist.



## 2. THOMAS PIKETTY FLUCHTHELFER

**S**keptiker könnten meinen, der groben Ungleichung ( $r > w$ ) müsse es an Stabilität fehlen. Eine Investition, die nicht zu einem nominalen Wachstum führt, das dem Investor den Nominalzins zu zahlen erlaubt, wird nur irrtümlich ALS stattfinden. In einer lernfähigen Wirtschaft müsste sie ganz unterbleiben, oder doch sukzessiv an Bedeutung verlieren. Aber auch das nur anders gesagte Gleiche muss gelten: Wo unter Konkurrenzbedingungen das Wachstum systematisch kleiner als der Profit ist, werden die Investitionen so lange steigen, bis die Differenz verschwindet. Das soll nicht heißen, dass das von Piketty beobachtete Phänomen nicht existiert. Es kann, wenn es erscheint, nur nicht mit seiner Theorie erklärt werden. Es ist den Denkszusammenhängen nur unter sehr ungewöhnlichen Gleichgewichtsbedingungen und Handlungsanweisungen vorstellbar, wie es dauerhaft zu einem derartigen Ungleichgewicht kommen könnte.

Es mag sein, dass die Leser des Feuilletons immer etwas weiter als die Redaktionen von Wirtschaft und Finanzen über den Tellerrand des Kleinanlegers schauenden Redakteure des Feuilletons ein besseres Gedächtnis haben als die Kleinanleger,

Jedenfalls merken die Leser des Feuilletons öfter, dass gestern in der Zeitung „unter dem Strich“ anderes stand als es heute im redaktionellen Teil zu lesen ist. Kleinanleger und Studenten der Wirtschaftswissenschaft merken rein gar nichts mehr, weil sie daran gewöhnt sind, dass morgen kommentarlos das Gegenteil von dem für richtig ausgegeben wird, was gestern noch als unumstößlich galt. Wer es nicht glaubt, dem seien die Börsenberichte der führenden Tageszeitungen als Fortsetzungsroman für, sagen wir, einen Monat empfohlen. Er wird dann ohne weiteres verstehen, warum Piketty im Feuilleton als Erlöser empfangen wurde.

In der Tat erinnert sein Vorgehen stark an das, das Keynes angewendet hat, um aller Welt sein Projekt, den Zusammenhang von Geld, Zins und Beschäftigung in einer allgemeinen Theorie vorzustellen. (Keynes, [1936] 1973) Marshall und Pigou werden nicht demoliert, sondern freundlich in

den Ruhestand geschickt. Das hieß: Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wer den Zeitgeist richtig erfasste, hörte vorübergehend auf zu schreiben, las Keynes, kehrte dann als Keynesianer wieder in die Journale zurück und tat so, als wäre er nie etwas anderes gewesen.

Ein Tausch von sogenannten Theoriekernen war inzwischen einfach geworden. Bis vor Keynes musste immer eine Entscheidung getroffen werden, was den „Wert“ der Güter ausmachte. Man entschied sich, der Arbeitswertlehre oder der Grenznutzentheorie zu trauen, die Wissenschaftlichkeit der Theorie zu garantieren und lehnte entsprechend die jeweils andere Möglichkeit als unwissenschaftlich ab. Der Wechsel einer Schule kommt daher in der Regel im Leben eines Ökonomen nicht vor. Es wäre, wo es geschieht, spektakulär gewesen. Heute muss niemand den Kollegen als Ignoranten diffamieren. Ein jeder erzählt nur eine denkbare Geschichte von der Wirtschaft. In der paradigmatisch denkenden Zunft gibt es keine Frage nach richtiger oder falscher Theorie. Gefragt ist nur, ob das „Paradigma“ statistisch nachweisbar als evidente Beschreibung des behandelten Themas angesehen werden kann. Die Freundlichkeit unter Kollegen wird keiner Belastung ausgesetzt. Alles ist irgendwie denkbar geworden. Kritik ist nicht mehr grundsätzlich. Sie beschränkt sich auf die Sinnhaftigkeit der Wahl des Paradigmas im Einzelfall.

Über diesen Notausgang Paradigmenwechsel kann jedem, der es will, der Übergang in ein „neues“ Paradigma gelingen, ohne zugleich das Eingeständnis des generellen persönlichen Scheiterns zu erzwingen. Niemand lässt sich nach einer vieljährigen Laufbahn gerne bescheinigen, dass er sich auf einem Holzweg geplagt hat.

Wer heute als Professor für Volkswirtschaftslehre in den Ruhestand tritt, hat in der Bundesrepublik Deutschland während seiner Dienstjahre, je nachdem in welchem Teil Deutschlands seine Lehre stattgefunden hat, bis zu drei Paradigmenwechsel mitgemacht. Er hat damit in jedem Fall einen mehr als seine französischen und britischen Kollegen, deren Einkommen und Vermögen Piketty statistisch am besten aufbereitet, erlebt.

Das scheint mit Piketty auf den ersten Blick gar nichts zu tun zu haben. Piketty behandelt keinen Paradigmenwechsel. Er sieht eine objektiv, und

zwar weltweit zu beobachtende zyklische Instabilität der Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung. als zentrales Problem im Sinne einer Bedrohung der Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft an. Er tut es, wie andere vor ihm die Vollbeschäftigung, die optimale Werteproduktion und so weiter in dieses Zentrum gerückt haben.

Die von ihm vorgestellte Instabilität ist für Piketty ein wirtschaftsgeschichtlich objektiver, empirisch nachweisbarer Vorgang. Sie äußert sich darin, dass auf historisch existent gewesene Perioden progressiv mit der Höhe der Einkommen und der Vermögen steigender Konzentration systematisch und nicht zufällig oder willkürlich eine Periode abnehmender Unterschiede der Verteilung von Einkommen und Vermögen in der tatsächlichen Wirtschaftsgeschichte folgt. Die gewachsenen Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung werden dann, wenn auch nur unvollständig, erodiert. Ermittelt werden diese Instabilitäten von Piketty zumindest für Frankreich und Großbritannien hauptsächlich aus den Archiven der Finanzverwaltung. Als Datenquellen nutzt er vor allem Einkommensteuererklärungen, Vermögensteuererklärungen und Erbschaftsteuererklärungen. Diese Quellen weisen geringere als die tatsächlich vorkommenden Verteilungsänderungen aus. Piketty weiß und erwähnt das. Es hat aber keine Konsequenz.

Wird hier also die alternative Betrachtung durch wechselnde Paradigmen, statt des Wandels der Epochen erlebbarer Wirtschaftswirklichkeit beobachtet und trotzdem ein Bezug zu Pikettys Werk gesehen, so kann dafür als Arbeitshypothese angenommen werden, dass es keine letzte Sicherheit gibt, ob das, was wir als Sachverhalt registrieren, nur deswegen für uns so da ist, weil wir eine bestimmte Theorie bei der Betrachtung der erlebten Wirklichkeit anwenden.

Piketty behauptet, einen Gleichschritt der Zyklen — zumindest in den wirtschaftlich vergleichbar entwickelten Ländern — rund um den Erdball mit Statistik zeigen zu können. Das wäre zur Stützung seiner These jedenfalls notwendig, um seinen Anspruch, der Zyklus habe eine gesetzliche Ursache, gerecht zu werden. (Piketty, [2013] 2014 S. 61-68) Ein kritischer Leser muss das wohl als ein naives Konzept von Statistik bezeichnen.

Aber bleiben wir auf der gleichen Ebene, dann sehen wir in schon in der Wirtschaftsgeschichte Europas auch das Gegenteil. Bei „unvoreingenommener“ Betrachtung kann Gleichschritt nicht zu allen Zeiten festgestellt werden. Ein Beispiel dafür liefert das 20. Jahrhundert. Piketty nimmt das wohl wahr. Er tut es aber als Wirkung externer Effekte von offenbar autonom stattfindenden Wirtschaftskrisen und Kriegen ab.

Wenn aber in der Mitte Europas ein bedeutendes Land die bis dahin gemeinschaftlich exekutierte „Marktwirtschaft“ faktisch abschafft und diesen Schritt auch seinen Nachbarn durch militärische Unterwerfung ein Jahr fünf aufzwingen kann, dann ist es sicher nicht gut, dies vollkommen zu ignorieren. Genau das aber tut Piketty. Er behauptet, die Periode 1910 bis 1950 sei (weltweit) eine der Erosion der Unterschiede von Einkommen und Vermögen gewesen. Als Besonderheit bemerkt er nur eine Umkehr auch der Stärke des Geschehens. War in Europa vor dem Ersten Weltkrieg die Konzentration schwächer und danach die Erosion der akkumulierten Unterschiede stärker, so gilt nach Piketty das Umgekehrte für die Zeit vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg und danach. Völlig übersehen hat er dabei zwei Sonderentwicklung in den Dreißigern und in den darauf folgenden Jahren der Besatzung und den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Erstere besteht in einer regelrechten Abschaffung der Geldwirtschaft in den 30ern und dem Abbruch der andernorts unvermindert fortgesetzten Erosion von Unterschieden durch eine keynesianische Wirtschaftspolitik und in Annäherung an die Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika mit Hilfe der neoliberalen Theorie der Freiburger Schule.

Auch in der Wahrnehmung der deutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung wird dies Phänomen nicht korrekt behandelt. Das liegt an der Illusion, die Gründung der Bundesrepublik könne als Stunde null ihrer Geschichte angesehen werden. Der Bruch mit dem Reich war in der Tat ein extremes Ereignis, aber ausradieren lässt sich die Geschichte nicht. Die wirtschaftspolitische Praxis hatte ihre Bindungen zum Reich und nicht weniger zum NS-Staat vielfach durch fortbestehende Gesetze aufrechterhalten. Die letzten Ausläufer dieses wirtschaftspolitischen NS-Traditionalismus, wie das Rabattgesetz, Wettbewerbsverbote in der Ver-



kehrspolitik, Ladenschlussgesetz und so weiter, sind erst in den 80ern aufgehoben worden.



### 3. DIE DEUTSCHE BESETZUNG KONTINENTAL- EUROPAS

**D**er Zweite Weltkrieg ist mit Bezug auf Kontinentaleuropa eine von Piketty nur als externer Effekt angesehene und damit nicht genügend beachtete Verstärkung des normalen Geschehens. Krieg und Wirtschaftsentwicklung sind jedoch nicht zwei eigenständig, parallel stattfindende Ereignisse. Sie sind integrale Bestandteile ein und desselben Vorgangs. Das zeigt schon eine, die Bedeutung des NS-Staats in dem von Piketty gesehenen Prozess der Erosion von Einkommens- und Vermögensunterschieden in den Jahrzehnten von 1930 bis etwa 1980 richtig gewichtende Analyse. Nirgends wurde auf dem europäischen Kontinent die Erosion der Einkommens- und Verteilungsunterschiede so radikal wie im Reich betrieben. Nirgends sonst wurden vergleichbar brachiale Methoden zur Umsetzung dieser Absicht eingesetzt. Piketty registriert den auch in Frankreich außerordentlichen Rückgang, ohne sich Rechenschaft über die Ursache zu geben. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik auf die Entwicklung von Einkommen und Vermögen ist auch schwer zu bestimmen, weil die Datenlage unergiebig ist. Hier fände der Statistiker eine Herausforderung für den Nachweis, dass Schätzungen sinnvoll in der Statistik dort eingesetzt werden können, wo es an zuverlässigen Daten mangelt.

Die Ergebnisse nach der Befreiung von der deutschen Besatzung einfach zu registrieren, sonst aber den Vorgang auszublenden, ist auch ein typisches westdeutsches in der Wirtschaftswissenschaft der Nachkriegszeit. Es ist aber keine gute. Das vor allem, weil insbesondere die am weitesten wirtschaftlich entwickelten Länder Kontinentaleuropas einem erheblichen Anpassungsdruck unter der deutschen Besatzung ausgesetzt waren.

Die vom NS-Staat in der Zeit von zwischen 1939 und 1945 besetzten Gebiete Europas traten nach ihrer Befreiung von der deutschen Okkupation nicht einfach an der Stelle des von ihnen durchlaufenen Zyklus' wieder

ein, an der sie durch die Besetzung gezwungen waren, ihn zu verlassen. Keineswegs nur in dem besetzt gewesenen Frankreich, sondern auch im von Philippe Pétain nach dem „Führerprinzip“ gelenkten „État français“ wurden von August 1940 bis Herbst 1944 das deutsche Preisrecht, die deutschen Vorschriften der Zinsgestaltung und der Dividendenbeschränkung, also die Bausteine aus denen sich Einkommen und Verteilung ergeben, durchgesetzt. Das fand in den anderen besetzten Ländern des kontinentalen Europa seine Entsprechung. (Stadermann, 2014 S. 78 ff)

„Die Niederlande, Belgien und anfangs Luxemburg standen mit Nordfrankreich seit 1939 unter deutscher Militärverwaltung, die auch dem deutschen Recht entsprechende Preisverordnungen erließ. Luxemburg wurde dann 1942 mit Elsass-Lothringen dem Reich „angeschlossen“. Ganz Skandinavien vom – wie es hieß – friedlich besetzten Dänemark (Meyer-Gode, et al., 2006) und weniger friedlich besetzten Norwegen, über das „neutrale“ Schweden, das sich ein entsprechendes Gesetz selbst gab, bis zum an der Seite Deutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion angetretenen Finnland, hatte ab dem Jahre 1940 der deutschen Preisstopp- und Preisbildungsvorschrift entsprechende Gesetze. Dies galt nicht anders auch für Ungarn, Rumänien, Kroatien und das sogenannte Restjugoslawien.“ (Stadermann, 2014 S. 279)

Die Jahre der deutschen Besetzung sind in den meisten Ländern Westeuropas nicht sehr aufmerksam in der Zeitgeschichte verarbeitet worden. Es ist, als ob die Jahre deutscher Besetzung in der Wirtschaftsgeschichte der Nachbarländer regelrecht verdrängt werden sollten. Insbesondere gilt das für die Untersuchungen über das Verhalten des Mittelstands. Die kleinen und mittleren Unternehmen hatten zu dieser Zeit eine viel größere Bedeutung in den meisten europäischen Ländern. Dennoch gibt es kaum Untersuchungen über sie. Dass es in Frankreich nicht so war, liegt an einer Besonderheit. Ein Teil der Resistance wirkte außerhalb Frankreichs in England. also außerhalb des besetzten Gebietes. Der von Charles de Gaulle in London etablierte Widerstand hatte sich die Unschuld erhalten können, aus der heraus selbst ein großes Unternehmen der Automobilindustrie wie Renault wegen seiner Kollaboration mit den deutschen Besatzern zur Rechenschaft gezogen werden konnte.

Die Einschätzung de Gaulles durch die Alliierten nach dem Krieg ist auch extrem anders als die vorherige. Weder London, noch Washington haben de Gaulle als Partner im Kampf gegen die deutschen Besatzer Frankreichs gesehen. Das kommt zum Beispiel in der diplomatischen Anerkennung des *État français* als Vertretung Frankreichs durch die Vereinigten Staaten von Amerika bis zum Ende des Krieges zum Ausdruck. In Osteuropa wurden die Einkommens- und Verteilungsaspekte, soweit die Befreiung von der deutschen Besetzung in eine sowjetische Vorherrschaft überging, überhaupt nicht beachtet. Erst in neuerer Zeit finden sich Arbeiten dazu. An diesen fällt auf, dass die Beziehungen zwischen den in die deutsche Kriegswirtschaft eingebundenen Unternehmen in den besetzten Ländern und der deutschen Militärverwaltung in der Regel von Zwangsmaßnahmen frei waren. Entlassungen von Arbeitskräften, die von der Militärregierung nach dem deutschen Einmarsch erfolgte waren, wurden rückgängig gemacht und später waren Entlassungen wie im Reich ganz und gar nicht mehr möglich.

„Noch im Juni kam es zu einer grundlegenden Übereinkunft zwischen dem niederländischen Metall-Verband und der deutschen Wehrmacht: Die Wehrmacht stieg in alle Verträge ein, die vor dem Krieg zwischen der niederländischen Armee und einheimischen Betrieben abgeschlossen worden waren und nun brach lagen.

Dabei ging es ausschließlich um die Herstellung von Waffen und Kriegsgerät für die deutsche Kriegsmaschinerie. Auf Rückfrage vom Metall-Verband, ob man vielleicht nach dem Krieg Ärger bekommen könnte – hatten die Generalsekretäre der niederländischen Ministerien in Den Haag ihre Segen zu diesem Deal gegeben. Bei den Amsterdamer Werken und Hafenindustrien füllten sich mit dem Sommer die Auftragsbücher. Riesengroß war unter anderem die Nachfrage der deutschen Wehrmacht nach Uniformen, Stiefel, Lederwaren. Der Aufschwung erfasste die gesamte niederländische Wirtschaft, die vor allem aus kleinen und mittleren Betrieben bestand. Jeder Chef wusste, wenn er Aufträge der Wehrmacht ablehnt, wird die Konkurrenz zugreifen oder die Arbeiter im Betrieb werden Druck machen, weil sie ihre Arbeitsplätze behalten wollen. Endlich nach einem Jahrzehnt der Arbeitslosigkeit war wieder Geld im Portemon-

naie und man musste nicht mehr vor dem trostlosen Stempellokalen Schlange stehen.“ (Beuys, 2012 S. 110 f.)

Ähnliche Befunde gibt es auch für andere Nachbarländer des Reichs. Gezahlt wurden die deutschen Löhne, die höher als die niederländischen waren. Für alle gilt aber auch, dass es Zwangsarbeit nicht nur für politisch und rassistisch Verfolgte gab. Es geschah, um die Knappheit der Arbeit im Reich durch Gewalt zu vermindern. Unübersehbar ist auch, dass zwischen den Nationen erhebliche Unterschiede bei der Behandlung gemacht wurden. Auf die für die Niederlande geltenden Bedingungen konnten nur die Nachbarn im Norden und Westen rechnen. Für die slawischen Länder im Osten und Südosten Europas war völlig anderes geplant. Am härtesten hätte es die Sowjetunion getroffen. Eurasien sollte für das Reich das werden, was Afrika für Frankreich und Großbritannien war: Ein Territorium, dessen Ressourcen ausgebeutet und dessen Bevölkerung entsiedelt werden konnte.

Im Unterschied zu den nicht besetzt gebliebenen Ländern wurde im Reich und eben auch in den vom NS-Staat besetzten Ländern die Zinssteuerung der Wirtschaft und das heißt die Geldwirtschaft, abgeschafft. An deren Stelle trat eine Organisation der Güterproduktion, die sich auf Befehl und Gehorsam oder Führung und Gefolgschaft als Prinzipien stützte. Zinsen wurden durch Gesetz und die den Wirtschaftlern verfügbare Menge des Geldes durch eine Variation der Staatsausgaben bestimmt.

Die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft durch den Zins kann sich nur in einem dezentral organisierten demokratischen Staatsgebilde vollenden, weil ein Marktzins, der einen Wirtschaftsraum bilden soll, ohne Gewalt sich nur in der Konkurrenz autonomer, gleichgewichtig im Raum verteilter Märkte für Geld und Kredit bilden kann. Umgekehrt setzt der auf der Grundlage von Befehl und Gehorsam organisierte Staat ein zentralisiertes politisches Entscheidungssystem voraus, in dem der Befehl des Einen, des Führers, von der Spitze bis in die unterste Ebene der Gefolgschaft Gehorsam erzwingen kann.

In der Geldwirtschaft würde jede Möglichkeit, Gehorsam zu erzwingen, als Folge eines Kartells oder Monopols betrachtet und entsprechend

mit Wettbewerbspolitik durch einen „starken Staat“ bekämpft werden müssen. Umgekehrt wiederum müsste ein System auf der Grundlage von Führung und Gefolgschaft jede Diskussion auf den untergeordneten Ebenen und das heißt, auch den geringsten Hauch von Demokratie unterdrücken.

In Alexis de Toquevilles „L’ancien régime et la révolution“ ( 2009 S. 180-209) findet man den seriös aus den Akten rekonstruierten Bericht, dass die wesentlichen Institutionen des mit der Revolution von 1789 sich Bahn brechenden Staats samt und sonders vom ancien régime eingeführt worden sind. An der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten ist zu studieren, dass ganz Ähnliches auch von der Weimarer Republik gesagt werden kann.

„Die Wahl des Reichskanzlers im Reichstag und die Ernennung durch den Reichspräsidenten war [ ... ] seit der Kanzlerschaft Brünings nicht mehr praktiziert worden. Das Kabinett Brüning war nicht vom Reichstag gewählt. Die Regierung Brünings war vom Reichspräsidenten Hindenburg nicht nur nach Art. 57 RV ernannt und entlassen worden, sondern auch aufgrund des Artikels 48 (2) der Weimarer Verfassung als „Präsidentalkabinett“ eingesetzt worden. (Ulrich, 2013 S. 265) Den Wählern schien die Richtigkeit einer solchen Wahl dennoch durch die Ergebnisse sogar voll bestätigt zu werden: Es war ein Einparteienstaat und damit Hitlers eigentliches Ziel in wenigen Monaten des Sommers 1933 errichtet worden.“ (Stadermann, 2014 S. 259 ff.)

Ein wesentlicher Schritt zur Errichtung der Diktatur Hitlers war die Absetzung des Ministerpräsidenten des Freistaats Preußen, Otto Braun. Mit diesem „Preußen-Schlag“ hat der Reichspräsident Hindenburg als höchstes Verfassungsorgan der Republik am 20. Juli 1932 Hitler sogleich nach der Ernennung im Januar 1933 die Möglichkeit geschaffen, in dem größten und wirtschaftlich stärksten der deutschen Reichsländer eine zentralistische, unmittelbar dem Führer und seiner Partei untergeordnete Befehlsstruktur entstehen zu lassen. Diese fand ihren unübersehbaren Ausdruck in der fortan bestehenden Personalunion des Ministerpräsidenten

Preußens mit dem Reichsminister des Inneren. Beide Ämter übte Hermann Göring bis zum Untergang des NS-Staats im Mai 1945 aus.

Nach der Niederlage nähert sich Deutschland auch wieder an die Verteilungs- und Vermögensstruktur der Nachbarländer an. Nach den radikalen Einkommensschnitten der Verdienste unselbständig Beschäftigter und den märchenhaften Zuwächsen bei den Schmugglern, Schiebern, Schrotthändlern und auch traditionellen Unternehmern steigen die Unterschiede der Einkommen und Vermögen schroff an. Undeutlich wird das, weil die Zahl der Beschäftigten schnell steigt und das „Volkseinkommen“ und mit diesem die Haushaltseinkommen steigen, obwohl die Stundenlöhne der Arbeiter und die Einkommen der Angestellten bei stark steigenden Preisen konstant bleiben.

Piketty musste die frühe deutsche Nachkriegsgeschichte wie auch den NS-Staat übersehen. Sie stört seinen vom „Gesetz“ beherrschten Lauf der Dinge. Er hätte keine Erklärung für eine derart markante Andersentwicklung gehabt. Dabei ist es leicht, sie zu finden. Sie wurde aus dem New Yorker Finanzzentrum gesteuert. Da sie unter Besatzungsstatut fällt, gibt es keinerlei Gegenkräfte und fällt daher deutlicher aus als selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Andererseits ist die Politik, sobald sie dem unmittelbaren Zugriff der Militärregierung nicht mehr ausgesetzt ist, wieder in die deutsche Wirtschaftstheoriegeschichte eingebettet worden. Konkret ist das die neoliberale Freiburger Schule Euckens. In dieser wird nicht der altliberale Gegensatz von Staat und Wirtschaft diskutiert, sondern Euckens „starke Staat“ und die Wirtschaft wirken zusammen, um zum Nutzen beider den Wettbewerb und damit die Effizienz allen Wirtschaftens abzusichern.

Es gelingt Piketty oft überzeugend den Eindruck zu erwecken, dieses Thema eingefangen zu haben, weil sein Interesse an der Wirtschaftswissenschaft und ihr Zusammenhang mit der Wirtschaftsgeschichte tatsächlich immer im Vordergrund seiner Bemühungen stehen. Piketty bedient sich der statistischen Werkzeuge auf außerordentlich gekonnte Art, um seine wirtschaftswissenschaftliche Idee darzustellen oder zu illustrieren. Traurig genug ist, dass eher das Gegenteil als vorherrschende Lehrpraxis



angesehen werden muss. Immer noch glauben Mathematiker, wirtschaftswissenschaftlich relevante Erkenntnisse zu gewinnen, wenn sie statt mit „x“ und „y“, mit wer weiß wie definierten und kaum operationalisierbaren Einheiten wie zum Beispiel „Arbeit“ und „Kapital“ rechnen.

Früchte solcher Forschung sind dann Einsichten, deren Aberwitz erst in der Konfrontation mit den behandelten Dingen selbst deutlich wird. Wer würde wohl ein Rinderfilet genießen wollen, dessen eine Hälfte direkt aus der Tiefkühltruhe auf den Teller kommt, während der komplementäre Rest seit Stunden im Kessel mit dem Tafelspitz gut durchgekocht wurde? Da mag der Statistiker noch so energisch behaupten, das Fleisch sei doch im Durchschnitt „genau auf den Punkt gegart“.



#### 4. KOSTEN ODER EINKOMMEN

Eine Geschichte der Verteilung ist aber mehr, als das, was eine brillante Reihe von graphisch schönen Statistiken einfangen kann. Und tatsächlich steht ja hinter diesen Tafelbildern immer das Piketty-Gesetz. Leider eben auch dort, wo der Lauf der Geschichte alles andere als dieses Gesetz ausdrückt.

Wenn Piketty das Thema Verteilung behandelt, behandelt er nicht die Verteilung von Einkommen und Vermögen rund um den Erdball, sondern er stülpt im besten Fall Englands und Frankreichs Entwicklung über den Rest der Welt. Er beansprucht dennoch aber mehr als nur einen denkbaren Erklärungsversuch für die in der europäischen, die Vereinigten Staaten von Amerika einschließender Wirtschaftsgeschichte ab dem 18. Jahrhundert zu liefern. Die Leser sieht klar und deutlich überall eine akzelerierend zunehmende und wieder abschwächende Ungleichheit der Einkommens- und der Vermögensentwicklung. Aber sie sollten auf der Hut sein, oft genug kommt es vor, dass Frankreich nicht die Elle liefert, mit der die „Welt“ gemessen werden kann. Beispiele dafür sind hier gesucht und gefunden worden.

Die Klassiker waren sich der zu ihrer Zeit bestehenden und im Vergleich zu heute sehr großen Ungleichheit der wirtschaftlichen Lebensumstände bewusst. Sie hatten dafür – mit Ausnahme von Malthus (Piketty, [2013] 2014 S. 16-19) – keine Erklärung. Sie hatten, wie er richtig bemerkt, eine Erklärung nicht einmal vermisst oder gar gesucht. Sie registrierten die Unterschiede schlicht als Tatsache, wie groß sie auch sein mochten. Vor allem Ricardo nahm es nicht einmal als Problem der Verteilung wahr,

Auch Ricardo war nicht wegen einer Schrägverteilung von wirtschaftlichen Möglichkeiten zwischen Arbeitern und Kapitalisten besorgt. Er vertrat die Meinung, der Arbeitslohn gehöre zu den Kosten der Produktion. Er betrachtete ihn nicht als Einkommen. Es ist erst Marx, der diese

Tradition brechen muss, um seine Ausbeutungstheorie plausibel erscheinen zu lassen. Er hat damit die Ökonomen in eine nun schon mehr als 150 Jahre andauernde Verwirrung gestürzt. Wie folgenschwer diese ist, ahnt, wer über Mehrprodukt und Mehrwert bei Marx nachdenkt. Wenn Arbeit Kosten der Produktion verursacht, dann sind diese Kosten wie bei Adam Smith Teil des Preises der Produkte. Wenn – wie es Marx behauptet – nur durch Arbeit Nettoprodukt entsteht, dann ist jedes Einkommen, das nicht als Lohn für Arbeitsleistungen bezogen wird, das Ergebnis von Ausbeutung der Arbeitskraft. Es kann nur entstehen, wenn den Arbeitern ein Teil „ihres“ Nettoproduktes ohne Gegenleistung vorenthalten wird.

Das gilt auch für jedes Überschusseinkommen im Sinne Pikettys (Profit, Zins und Rente). Ob Arbeitslohn Einkommen ist oder Kosten der Produktion ausdrückt, ist offenbar für die Beurteilung von „Verteilungsergebnissen“ historischer Epochen wichtiger, als es den Ökonomen und unter ihnen auch Piketty erscheint. Gegenstand von Verteilungsakten kann nur der Überschuss über die Kosten der Produktion sein. Ricardo ist somit konsequent, wenn er das Verteilungsproblem als eine Angelegenheit zwischen Renten beziehenden Grundherren, Profit erzielenden Unternehmern und Steuern erhebenden staatlichen Institutionen betrachtet. Die Kosten der Arbeits- und Naturressourceneinsätze werden nicht verteilt, sondern zur Ermittlung des Überschusses vom Umsatz abgezogen.

Bekümmert hat Ricardo, dass ein von ihm vermuteter Anstieg der Knappheit von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen zu einer Transformation von Profit in Rente führen werde. (Stadermann, 1987 S. 90-102) Er sah das, was seiner Meinung nach als „Kapitaleinkommen“ durch die Bemühungen der Unternehmer entstanden war und zu fortgesetzter Kapitalbildung den Anreiz liefern sollte, im Konsum nichtsnutziger Grundherren dahinschmelzen. (Piketty, [2013] 2014 S. 18 ff.) Von dieser Umwandlung erwartete er das Ende der kapitalistischen Dynamik. Piketty hat das nicht übersehen. Er geht aber ohne jeden Kommentar, davon aus, Arbeit würde ein Einkommen generieren, indem sie ein „wertvolles“ Produkt entstehen lässt. Verteilt werden soll es unter denen, die an Werkbänken und Schreibtischen irgendeinen Einsatz körperlicher und geistiger Kräfte

geleistet haben und jenen, die Anteile am Kapital der Unternehmung halten.

Das klingt so, als wäre die Verteilung ein Akt, der zeitlich nach der Produktion stattfindet. 40 Stunden hat ein jeder das Seine dazu beigetragen, dass am Wochenende die Läger und Regale der Produktionsbetriebe mit Gütern aller Art aufgefüllt und aus diesen hinaus in alle Welt verkauft und abgesetzt werden, um die Erlöse in die Kasse zu bekommen, die dann verteilt werden können. Wie absonderlich diese Vorstellung ist, wird sofort klar, wenn gefragt wird, wer hier kauft und womit denn gekauft oder bezahlt werden soll.

Arbeitsleistungen, die als Kosten der Produktion wie Vorleistungen im Verlauf des Entstehungsprozesses der Güter abgegolten werden, werden dies im klassischen Modell, ehe bekannt ist, wie groß der Erlös für die Produkte auf dem Markt sein wird. Den Arbeitern wird also kein Lohn vorgeschossen, wie Marx richtig feststellt. Sie erhalten aber auch keinen Lohn auf von ihnen vorgeschossene Arbeit. Die Nutzungen ihrer Arbeitsleistungen werden, wie die Naturressourcen Zug um Zug bezahlt.

Fraglos fällt es schwer, auf dieser Basis eine erhöhte oder verminderte Ausbeutung der Arbeiter herzuleiten. Ein kontinuierliches nach ökonomischen Grundsätzen hervorbringbares Ressourcenangebot hat die Realisierung der Reproduktionskosten in seinem Preis zur Bedingung. Aber wie weit reichen gegebene Reproduktionskosten zur Stützung eines Arguments in der Gegenwart? Rund um den Erdball sinken die Reproduktionskosten der Arbeit als Folge nicht enden wollender Arbeitsplatzverlagerungen. Würden sie es nicht, fände niemals das Feuerwerk der Kurse und Preise auf den Vermögenmärkten statt, sondern gäbe es eine Inflation der Gütermarktpreise.

Für eine Theorie der Ausbeutung ist freilich der Entgelte für Arbeitsleistungen als Kosten klassifizierender Ansatz Ricardos völlig ungeeignet. Piketty, der dem ungeachtet die Arbeitsleistung als Maßstab in die Verteilungsdiskussion einführt, verfügt auf diese Weise jedenfalls nicht über ein wissenschaftliches Argument, mit dem die von ihm geforderte Umkehr der Ungleichverteilung zu begründen wäre.

Das muss niemand hindern, eine derartige Umkehr dennoch zu seinem Programm zu machen. Aber Pikettys Buch braucht er dazu nicht. Dies umso weniger, als er auch darin noch gute Gründe dafür liefert, dass bedeutende Unterschiede in der so definierten Einkommens- und Vermögensverteilung eine unverzichtbare Bedingung hoher kultureller Entwicklung in der Gesellschaft sind.

Wer ein Schloss baut, so sagen Piketty und ein altes Sprichwort, braucht viele Kärner. Aber nicht nur das: Haben die Kärner das Baumaterial herangeschafft, so muss der Bau mit Handwerkern errichtet werden. Eine zu sonst nichts nutzbare und nichts Konsumierbares erzeugende Dienerschaft ist für die Pflege und die Erschließung der Möglichkeiten des Nutzens des Bauwerks für seine nichts tuenden Eigentümer erforderlich. Piketty verdanken wir in dem Zusammenhang die Erinnerung, dass zur Zeit der Klassiker nicht ein jeder fremdbestimmt arbeiten musste. Der „Schlossherr“ muss nicht nur viele Arbeiter aus seinem Einkommen durch aufwenden von Lohnkosten bei Kräften halten, sondern aus diesem Lohn auch deren nicht über Märkte haushaltsinterne Wohlfahrt produzierende Familien ernähren können. Einige hundert Arbeiter am Schlossbau entlohnen zu können und dann das Schloss über Jahrzehnte im Luxus zu unterhalten, erfordern ein Vieltausendfaches dessen als Einkommen, was zur gleichen Zeit der Durchschnittslohn an Ort und Stelle ist. Eine Gesellschaft, die „Schlösser“ baut, kann nicht Jeder die Disposition über gleiche oder auch nur ähnliche Kaufkraft als Entlohnung für seine Beiträge zum Gemeinschaftsprodukt zugestehen.

Wo private oder öffentliche „Schlösser“ gebaut werden sollen, müssen die Einnahmen der privaten oder öffentlichen Wirtschaftler proportional zur Größe und Prachtentfaltung der „Schlösser“ unterschiedlich groß sein. Vergleichbares gilt für Beschäftigung von Künstlern und Wissenschaftlern, die Gründung und den Betrieb eines Theaters oder gar einer Universität. Die Divergenz der Einkommen und der Vermögen steht - wie es Piketty überzeugend darlegt - in einem positiven, funktionalen Zusammenhang zum erreichbaren Niveau von Kunst und Kultur in der Gesellschaft. (Piketty, [2013] 2014 S. 151-310)

Löhne als Kosten zu definieren führt auch auf eine Banalität. Wo Kosten gering sind, werden der Möglichkeit nach viele „Schlösser“ aus dem Einkommen der Unternehmer, Rentner und Regierenden gebaut. Hohe Kirchtürme waren früher sicher auch eher ein Signal für den Reichtum der Kirche, nicht der <gemeinden. In der Gegenwart kann man die Unterschiedsgröße zumindest für die mehr oder minderen Unterschiede zuverlässig am Himmel lesen. Je elender die Arbeit entlohnt wird, desto höher wachsen die Bankentürme.

Die gegenwärtig vorherrschende Lehre bemüht sich dagegen in Pikettys Augen zu Unrecht, die aktuell steigende Ungleichheit entweder zu ignorieren oder meritorisch zu begründen. Quantitativ ungleiche Einkommen und Vermögen sind danach die Folge ungleicher Ressourceneinsätze im Marktgeschehen. Als Ungleichheit Wahrgenommenes existiert also, anders als die Türme der Banken, nur scheinbar. Erhielt Herr Ackermann von der Deutschen Bank fünf Millionen Euro dort, wo in gleicher Zeit ein zum Mindestlohn beschäftigter Packer bei Amazon 10.000 Euro empfing, so war die Intensität der Leistung des Sprechers der Deutschen Bank eben annähernd 500 mal so hoch wie die des „einfachen Arbeiters“.

An dieser Stelle kommen jene in Argumentationsschwierigkeiten, die Arbeit nur durch Zeit messen wollen. Danach hätte Herr Ackermann 500 mal so lange arbeiten müssen wie die Packer bei Amazon. Das wäre im Rahmen eines Arbeitslebens mit Rente nach dem 67sten Lebensjahr schwerlich zu erreichen. Es muss als unmöglich angesehen werden. Hier rettet auch kein Konzept der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, denn es birgt ja alle qualitativen Probleme wieder in sich, die durch die Reduktion auf die Zeit ausgeschlossen werden sollten.

Auch Piketty misstraut derartigen Beweisen. Sie laufen ja stets darauf hinaus, dass, was zu beweisen gewesen wäre, als nicht weiter zu hinterfragende Setzung meist verdeckt am Anfang der Argumentation eingefügt wird. Die so fundierte Theorie besteht dann nur noch aus einer Reihe von aus dem Fundament abgeleiteten Konditionalsätzen. Aber verzichten kann Piketty auf das wenig überzeugende Argument auch nicht. Er braucht es,

um seine Ungleichung zur Ungleichverteilung aufzustellen. Im Unterschied zu dem, was Herr Ackermann und dem unbekanntem Packer bei Amazon geschieht, müssen hier die arbeitenden Verdienner für die, die überhaupt nichts tun, außer Kontoauszüge zu lesen und trotzdem Vermögenseinkommen beziehen, die fehlenden Leistungen erbringen. Für die nur noch in astronomischen Maßeinheiten ausdrückbaren Einkommens- und Vermögensunterschiede wäre dann eine entsprechend lange Mehrarbeitszeit zu leisten.

Piketty versucht, die Dynamik der Wirtschaft besser zu verstehen, indem er diesen Ungleichverteilungen innerhalb der Verdienst- und der Kapitaleinkommen Aufmerksamkeit widmet. In der Tat, sind die Kapitaleinkommen mit weit größeren Unterschieden verteilt als die Verdiensteinkommen. Gleiches gilt für die Instabilität der Amplituden.

Für Piketty folgen – wie bereits erwähnt – steigende Ungleichheiten aus einem Gesetz. Es postuliert, die Rate des Überschusses aus Rente, Profit und Zins in der fortschreitenden Wirtschaft steige progressiv schneller als die Wachstumsrate des Nationaleinkommens. Dies nicht zu übersehen, sei vor allem wichtig, weil größere Vermögen in der Ressourcenallokation mit steigendem Grenzertrag eingesetzt werden.

Die über lange Zeiträume durchschnittliche Überschussrate liege gewöhnlich bei 5%. Das ist eine Rate, die für das aus der Nettoinvestitionsrate und der Rate des Bevölkerungswachstums aggregierte Wirtschaftswachstum nur unter der Bedingung von Aufholprozessen, zum Beispiel in einigen (Piketty) Staaten West-Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, oder gegenwärtig in China erreicht, möglicherweise gar überschritten wird. Wer schnell genug liest, dem wird vielleicht die Aggregation von Investitionsraten mit Raten des Bevölkerungswachstums keine Magenschmerzen verursachen. Doch, wieviel Prozent Bevölkerungswachstum sind denn einem Prozent Nettoinvestition gleich?

Unabhängig von diesen immer wieder auftauchenden Problemen der Qualität und Quantität ist es richtig, dass voll entwickelte Wirtschaften selten mit Raten von mehr als 1,0 oder 1,5 % wachsen. Wo also nicht durch außerordentliche Bevölkerungszunahme Anderes zu erwarten wäre,



muss nach Pikettys Annahmen in den heute „reichen“ Wirtschaftsräumen wieder die deutliche Ungleichheit der Einkommen und Vermögen bei scharfer Zentralisierung des Kapitalvermögens in den Händen der reichsten 10 oder gar des superreichsten 1% der Bevölkerung im 21. Jahrhundert zurückkehren, die zuletzt vor dem Ersten Weltkrieg bestand. (Piketty, [2013] 2014 S. 311-624)



## 5. KONTINENTALEUROPA WIRD DER WELTMÄCHTE ZANKAPFEL

**A**m Ende des Ersten Weltkriegs waren die über die Verteilung von Einkommen und Vermögen entscheidenden institutionellen Umstände in den Vereinigten Staaten von Amerika und den Ländern Kontinentaleuropas sehr verschieden. Nicht die Spur von einem die Einheitlichkeit erzwingenden Gesetz war diesseits und jenseits des Atlantiks zu erkennen. In Amerika war wegen der schwachen gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer in den Konzernen, selbst in den Jahren mit stärkster Erosion der Unterschiede (1910 bis 1920) nicht nur schwächer als in Europa ausgefallen. Sie hat sogar zuweilen zugenommen, statt wie in Europa abzunehmen. (Piketty, [2013] 2014 S. 427 ff.) Es lag sicher daran, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika jener Jahre die Meinung vorherrschte, jeder könne für sich selbst am besten sorgen und sollte Institutionen wie der Regierung in Washington oder den Gewerkschaften mit ausreichendem Misstrauen begegnen. Jedenfalls lag die geringere Regulierungsgeschwindigkeit nicht daran, dass die öffentlichen Haushalte wie in der Gegenwart von der Finanzierung ihrer Vorhaben durch Banken abhängig gewesen wären. Europas Goldreserven strömten in das neue Zentrum der Wirtschaft und flossen in Wertpapieranlagen, nicht selten in Gestalt von Staatsschuldtiteln zu ihren Eigentümern zurück.

geschwächt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika im Gegenzug zur einzigen Weltmacht aufsteigen konnten.

Der Weltkrieg II aber setzte dies nur bedingt fort. Zur militärischen Überwindung des NS-Staates musste militärische Potenz der Sowjetunion nicht wie bisher behindert, sondern gefördert werden. Statt den ganzen Kontinent Europa nach dem Kriegsende in die Geldwirtschaft des New Yorker Finanzzentrums zu integrieren, konnten die Armeen Stalins die östliche Hälfte des Kontinents in ihren Machtbereich zwingen. Damit war Kontinentaleuropa zum Zankapfel zweier Großmächte geworden. Nach den unruhigen ersten Nachkriegsjahren, in denen beide versuchten, ihre

Herrschaftsraum auf Kosten des jeweils anderen zu erweitern und auf diese Weise die am grünen Konferenztisch von Jalta und Potsdam deklarierte Ordnung des neuen Europas unrealisiert blieb, erstarrten diese Anstrengungen im sogenannten Kalten Krieg. Es war ein instabiles Gleichgewicht auf der Grundlage gegenseitiger Abschreckung mit Kernwaffen.

Auf vergleichbar rohe Art konnten die Vereinigten Staaten von Amerika nicht mit den, die staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft nach dem Ende des Kriegs gegen die Absicht der Administration Amerikas weiter erhöhenden Nachbarländern Deutschlands umgehen. Insbesondere in Frankreich haben Kommunisten und Sozialisten einen 1930 begonnenen Kurs bis zu den 80er Jahren gegen heftigen Widerstand der anglophilen Opposition fortgesetzt. Die Parteien wechselten sich in rascher Folge mit dem Regieren ab. Erst mit der Präsidentschaft de Gaulles und seiner Vierten Republik fand das Land den Frieden mit Algerien und zur inneren Ruhe zurück.

Unter der Militärregierung in den westdeutschen Besatzungszonen findet in den ersten Nachkriegsjahren nur der Westen des geteilten Deutschlands den Rückweg zur zinsgesteuerten, nun auf New York zentrierten Wirtschaft konsequent zurück. Das besetzte Westdeutschland geht also im Gegensatz zu dem, was Piketty und sein Gesetz erwarten ließen, genau in die, der französischen entgegengesetzten Marschrichtung. Die ersten Schritte waren die Einführung einer an den US-Dollar und damit an die Geldpolitik des amerikanischen Zentralbanksystems mit festem Wechselkurs geketteten „Deutschen Mark“ und die Aufhebung fester Endverbraucherpreise. Beide Maßnahmen sind vor der Gründung der Bundesrepublik realisiert worden. beide sind daher zwangsläufig von deutscher oder gar deutscher parlamentarischer Initiative unberührt. (Stadermann, 2014 S. 308-321) Sie sind gegen die Politisierung des Geldes und der Keynesianisierung der Wirtschaftspolitik gerichtet, in den Vereinigten Staaten von Amerika initialisiert und von der amerikanischen Militärregierung operationalisiert. Die Beteiligung deutscher Stellen beschränkt sich dabei jeweils auf rein verwaltungstechnische Unterstützung durch Vertrauenspersonen der Besatzungsmächte. (Stadermann, 1987 S. 238)

Erst nach dem Scheitern von Ludwig Erhards neoliberalen „Wirtschaftswunder“-Jahre änderte sich das. Ein von ihm unternommener Versuch, durch Maßhalteapelle einen Lohnanstieg zur vermeintlichen Verbesserung der Wettbewerbsposition der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, misslang. Erhardts Sturz führte am Ende der 60er Jahre dazu, dass Deutschland zu der Politik zurückkehrte, die seine Nachbarn nicht aufgegeben hatten. In der Bundesrepublik war der Interventionismus nun selbstverständlich auch nicht mehr ein Akt der Abschaffung der Geldwirtschaft, wie er es nach 1933 gewesen war. Wie in den Nachbarländern ging ein nun nur noch um eine „Reparatur“ der Marktwirtschaft mit dem keynesianischen Werkzeugkasten.

In einer vergleichbar komfortablen Lage wie 1910-1920 befanden sich das Zentralbanksystem der Vereinigten Staaten von Amerika und die zentralen öffentlichen Haushalte am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht. Nicht Kapitalverkehrskontrollen und Kapitalausfuhrverbote erschwerten den Kapitalfluss nach New York. In erster Linie gab es wenig Vermögen, das in die Vereinigten Staaten von Amerika hätte abfließen können. Die öffentlichen Haushalte der Vereinigten Staaten von Amerika waren vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, wegen der an Großbritannien und die Sowjetunion gewährten Unterstützungskredite genauso in finanziellen Schwierigkeiten geraten wie die europäischen. Dass die Vereinigten Staaten von Amerika als Nettogläubiger aus dem Krieg hervorgegangen waren, nutzte nur wenig mit Bezug auf die 1945 gegenwärtigen Probleme. Die Rückzahlungsbedingungen vor allem der Kredite Großbritanniens und Frankreichs konnten erst in einem Kriegsschuldenabkommen mit dem geschlagenen Deutschland bestimmt werden. Die Sieger waren sich schnell einig, dass ihr an die Vereinigten Staaten von Amerika zu leistender Kapitaldienst, von Deutschland geleistet werden sollte. Zu einem derartigen Abkommen kamen die Alliierten erst mit dem Londoner Schuldenabkommen tatsächlich aber erst 1953. Die Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika mussten bis dahin bei der Planung des Haushaltsgleichgewichts darauf hoffen, von den New Yorker Banken erhebliche Defizite finanziert zu bekommen.

Die Alternative dazu wären Ausgabenminderungen oder Steuererhöhungen gewesen. Die Hoffnung auf geringere Ausgaben erwies sich schnell als wirklichkeitsfremd. Die Reintegration der aus Europa und wenig später auch aus Asien heimkehrenden Soldaten in den Arbeitsmarkt stellte für die US-Regierung nach 1945 eine entschieden größere Bürde dar als nach dem ersten der beiden großen Kriege. Die Wirtschaft mit Steuern zu belasten, traf auf energischen Widerstand der Unternehmen. Annähernd die gesamte Wirtschaft war während des Krieges mit der Produktion von Rüstungsgütern hochgradig ausgelastet gewesen. Der Waffenstillstand ließ schlagartig in den Konzernen eine Unterauslastung der Kapazitäten von 30 bis 40 % entstehen, die „über Nacht“ zu einem scharfen Anstieg der Arbeitslosenquote führte, weil Arbeitsverträge in den Vereinigten Staaten von Amerika keine Kündigungsfristen kennen. Statt über steigende Steuern mit sich reden zu lassen, wurde die Forderung nach Beschäftigung sichernden „autonomen“ Staatsausgaben immer lauter. Allerdings kam diese Forderung nicht aus dem Publikum, in dem traditionell eher die liberale Vorstellung dominiert, der Staat müsse durch strenge Haushaltsdisziplin daran gehindert werden, in den privaten Wirtschaftsbereich zu expandieren. Eine Regierung, die für ihre autonome Investition genannten Ausgaben in die Kasse der Zentralbank greifen konnte, war offenbar das Gegenteil von dem, was den Liberalen vorschwebte.

Die Verkaufserfolge bei Bonds zwischen den beiden Kriegen auf dem Anleihemarkt scheint dies zu widerlegen. Tatsächlich tut er das aber gerade nicht. Die Käufer der Staatsschuldscheine waren in diesen Jahren fremde Vermögenseigentümer. Diese transferierten das Gold und Devisen, die sie bis zum Ersten Weltkrieg in der Bank von England deponiert hatten, in der Erwartung der Abwertung des Pfundes zu den Banken in New York. Sie taten es, um ihr Vermögen durch Aufwertungsgewinne zu vermehren, statt es durch die Inflation in der Republik von Weimar oder in Rumänien und Ungarn vernichten zu lassen. Eine Forderung auf ein Pfund konnte man sechs Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen auf dem europäischen Kontinent mit einem nur halb so großen US-Dollar-Betrag kaufen, wie der, der dafür ursprünglich herzugeben war. Anders

als ihre Gläubiger, konnten die Banken in London, die Forderungen in Pfund hielten, diese nicht ohne Nachteil in Dollar konvertieren. Ihre Vermögensposition verschlechterte sich Schritt für Schritt mit jeder Pfundabwertung. Diese Vermögensneubewertung beschleunigte die Verlagerung des Vermögens von London in das neue Zentrum der wirtschaftlichen Macht. In den New Yorker Bankpalästen, stieg der Dollar-Wert der Devisen-Aktiva, während der Dollar-Wert ihrer in der Regel inländischen Passiva unverändert blieb. In der Bilanz einer Bank, auch einer Zentralbank, wird dies als steigender Überschuss, also als nicht ausgeschütteter Gewinn, als zunehmende Rücklage oder Rückstellung ausgewiesen.

Diesen nominalen Überschüssen entsprechen komplementäre nominale Defizite in anderen Wirtschaftseinheiten. Sie können sich innerhalb oder außerhalb von Nationen, Währungsgebieten oder sonstigen räumlichen oder sektoralen Abgrenzungen befinden. Für den Moment soll der Blick auf die Sektoren private Wirtschaft und Haushalte einerseits und öffentliche Haushalte andererseits beschränkt werden. Zur Vereinfachung des Argumentes sei angenommen, die privaten Haushalte hielten in der Summe genauso viele Vermögen wie Schulden. In diesem Fall würden einem Überschuss in den Bilanzen des Banksektors dem Werte nach den Defiziten öffentlicher Haushalte und Unternehmen entsprechen.

In der Diskussion über die Marktmacht der Banken wird gewöhnlich angenommen, sie ergäbe sich aus der Möglichkeit, den Angebotszins über die Kreditmenge zu bestimmen. Zu einer Geldwirtschaft auf der Grundlage von Eigentum wäre das keine überzeugende Lösung, weil Banken nicht durch ihr Eigentum im Kreditangebot beschränkt sind. Banken sind nicht Nettoeigentümer. Ihre Forderungen und Verbindlichkeiten sind gleich groß. Diese Angebotsmenge des Kredits muss durch die Eigentümer der refinanzierbaren Realvermögenswerte, zu denen auch die Eigentümer der Banken zählen, in der Konkurrenz der Rentnerkapitalisten bestimmt werden. Für die Banken bleibt aber die Aufteilung des daraus möglichen Kreditangebotes auf unterschiedliche Nachfrager. Sie entscheiden nicht darüber, wie hoch der Marktzins ist oder welches Volumen der Kredit haben wird. Es ist die Aufteilung des Kredits auf die öffentliche und die private Nachfrage, aus der ihr Einfluss entsteht.

Zum Beispiel konnte die Neigung Roosevelts, die Erosion der Unterschiede in der Verteilung durch Gesetzgebung zu unterstützen, im Vergleich zu gleichartigen Projekten in Großbritannien und Frankreich geschwächt werden. Die Bereitschaft der Banken, sehr schnell aufgelaufene Schulden öffentlicher Haushalte immer wieder zu refinanzieren und sogar zu expandieren, wird ihren Preis gehabt haben. Das würde auch erklären, warum in den Vereinigten Staaten von Amerika – wie Piketty berichtet – die Erosion der bis 1910 entstandenen Unterschiedsvergrößerungen bei den „Nationaleinkommen“ zögerlicher als in den europäischen Ländern war.

London, das in seinen Banken noch bis zum Ende des Ersten Weltkriegs den größten Teil des Reichtums der Welt in englischen Pfund gespeichert hielt, musste sukzessiv in Gold einlösen und dessen Eigentümern erlauben, das Edelmetall nach New York zu versenden, sowie die Bedrohung der Handelsschiffahrt durch die deutsche U-Bootflotte nicht mehr bestand. Kaum einer unter den Vermögenseigentümern erwartete, dass Exportüberschüsse die britische Leistungsbilanz soweit verbessern könnte, dass der Wechselkurs der Vorkriegszeit zurückzugewinnen war. Zu groß war der Nachholbedarf bei den Konsumenten. Zu groß auch der im Kriege nicht reinvestierte Kapitalverzehr in den Produktionsbetrieben.

Schon bald war nicht mehr zu übersehen, dieser Weltkrieg hatte mehr als nur einen Verlierer. Als Reaktion darauf brachte der Waffenstillstand nur in wenigen Regionen Kontinentaleuropas friedliche soziale Entwicklungen. Selbst die Großmächte fanden mit den Konferenzen von Jalta und Potsdam zu keiner stabilen Nachkriegsordnung zurück und nicht unmittelbar zu sozialen Gleichgewichten in dessen Staaten. Die Briten haben ihren Kriegshelden Churchill in sechs Kriegsjahren verehrt und nach dem Ende der Kampfhandlungen sogleich abgewählt. Premierminister wurde der Führer der Labour Party, Clement Attlee. Das beschleunigte sehr wahrscheinlich die Auflösung des Kolonialreichs. Selbst das bis dahin undenkbar Gewesene geschah: Die Bank von England wurde 1948 verstaatlicht!



Bürgerkriegsähnliche Zustände mit unkontrollierter privater Gewalt und ohne Widerstand expandierendem Verbrechen herrschten in Frankreich und Italien. Streiks waren in Paris an der Tagesordnung. Die Politik der Regulierung wurde in Frankreich auf nicht harmonischer Weise fortgesetzt und eine makroökonomische staatliche Investitionsplanung immer weiter voran gebracht.

Weit schlimmer noch ging es in einer Vielzahl kleinerer Länder Europas zu. In Griechenland tobte ein Bürgerkrieg. (Lowe, [2012] 2014 S. 381 ff.) Die Regierungen der vom Faschismus befreiten Länder, tauchten mit- samt den Führungskräften der Verwaltungen unter oder flohen ins Aus- land, um sich der Rache und Bestrafungen zu entziehen. (Lowe, [2012] 2014 S. 31 ff.) Die so in Auflösung befindlichen Länder versanken in monatelange, teils mehrjährige Anarchie. Inmitten des Chaos war das besetzte Deutschland fast so etwas, wie ein ruhender Pol, da die Militärre- gierungen ein Mindestmaß sozialer Ordnung und Infrastruktur wiederher- gestellt hatten. (Lowe, [2012] 2014)

Anderes galt mit Bezug auf die Regulierung der Wirtschaft im besetzten Nachkriegsdeutschland. Deregulierung, also genau das Gegenteil von dem, was bis dahin praktiziert wurde, war das, was die amerikanische Siegermacht sich als die Zukunft Deutschlands vorgestellt hatte. Die Nie- derlage des NS-Staates erlaubte es, die bisherige Entwicklung unmittelbar abubrechen und eigenen Vorstellungen den Weg frei zu machen. Die Auflösung Preußens war konsequenterweise der erste Schritt zur Entflech- tung und Deregulierung. (Stadermann, 2014 S. 287 - 308) Gerade so, wie es der erste Schritt zur Zentralisierung des Reiches bei dessen Transfor- mation zum NS-Staat gewesen war.

Das was vor aller Augen geschah, wurde dennoch nicht korrekt regis- triert. Im ersten der beiden großen Kriege hatten sich die Staaten Europas gegenseitig so stark



## 6. PIKETTYS WELT

Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen verstärkt sich bei Piketty systematisch aus den Unterschieden der bereits laufenden Einkommensströme und akkumulierten Vermögensbestände. Er stützt sich, wie bereits erwähnt, für seine Untersuchung vor allem auf Daten aus Frankreich und Großbritannien. Das liegt, wie er sagt, an der sonst ganz allgemein eher schlechten Datenlage im Rest der Welt. Sie ist dafür verantwortlich, dass in Einkommens- und Vermögensstatistiken viele Werte nur auf Schätzungen beruhen, auch wenn sie unerschütterte Präzision signalisieren. Gerade, weil im Verlauf der Untersuchung an Hinweisen darauf nicht gespart wird, kommt mehr und mehr ein ungutes Gefühl auf. Das Gefühl nämlich, die Absicht, alle Welt dem einen Gesetz zu unterwerfen, könnte auch bei Piketty dazu geführt haben, die „passenden“ Daten für den jenseits von Frankreich und Großbritannien bestehenden Rest der Welt anglo- oder frankosimil zu „schätzen“. Dieser Rest der Welt war alles andere als auf dem gleichen Weg mit den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien, aber auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Im Fernen Osten, in Südostasien, im Vorderen Orient tobten Aufständische in Kleinen Kriegen gegen die Kolonialmächte und ihre Vertreter in den eigenen Oberschichten. (Heuser, 2013 S. 55-129)

Die Vereinigten Staaten von Amerika, befreiten zwar die Philippinen von der japanischen Herrschaft, machten das Inselreich dann aber zu ihrer ersten Kolonie. Auch ihre bei Ausbreitung ihrer Wirtschaftsbeziehungen übliche Kooperation mit Diktatoren in Asien und Südamerika war nicht geeignet, in den unruhigen Regionen der Welt Frieden zu verbreiten.

Die Einteilung der Weltgeschichte nach Phasen jeweils gleichzeitig steigender und abnehmender Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist fraglos eine interessante Sicht. Bestätigung findet sich kaum dafür in der Nachkriegsgeschichte. Der gewählte Ausgangspunkt Pikettys ist vielleicht auch deswegen das ancien régime. Eine Periode also mit durch über lange Zeiträume stabil hohen Vermögenseinkommen der Grundher-

ren verursachter extremer Ungleichheit. (Piketty, [2013] 2014 S. 153-310) Es ist in dieser Zeit unmöglich, durch den Lebensertrag von Arbeit ein Vermögen zu erwerben, das eine mehr als nur sehr dürftige Anteilnahme am bürgerlichen Gesellschaftsleben gestattete. Dazu muss man am Kulturleben teilhaben, in der Oper und im Konzertsaal erscheinen, in Salons präsent sein, Einladungen zu Banketten ranghoher Persönlichkeiten erhalten, die dazu erforderliche Garderobe besitzen und so weiter. Wie hoch ein solches nur marginale Teilhabe am Gesellschaftsleben sicherndes Einkommen sein muss, erschließt Piketty sich aus dem Studium literarischer Quellen jener Jahre. Honoré de Balzac, die Gebrüder Goncourt und Jane Austen sind seine Zeugen. (Piketty, [2013] 2014 S. 551-554) Wir, die wir weiter östlich in Europa uns befinden, würden natürlich Lew Tolstoi und Fjodor Michail Dostowiesky mit in den Zeugenstand nehmen können. Das Fünfhundertfache des Durchschnittseinkommens wird in der Literatur Frankreichs und Englands ganz einheitlich und ohne kritische Anmerkungen als Minimaleinkommen eines Bourgeois angenommen. Anna Karenina, Prinz Andrei Bolkonsky, oder Fürst Mischkyn haben sich in einem ganz entsprechenden gesellschaftlichen Umfeld bewegt. In diesen Romanen kann mehr als Ähnliches gelesen werden. Dies auch, obwohl bei ihnen kaum detaillierte Einnahmen und Ausgaben erörtert werden. Aber ein Vermögen, aus dem ein derart hohes Einkommen gewonnen werden konnte, ist auch hier nur durch Erbschaft und Heirat und niemals durch Ersparnisse, nicht einmal aus akademisch qualifizierten Arbeitsleistungen, zu akkumulieren. (Piketty, [2013] 2014 S. 546 ff.) Piketty müsste sich hier voll bestätigt vorkommen. Er geht aber gar nicht darauf ein. Zu Recht, wie sogleich deutlich wird.

Die Große Revolution (1789), markiert in Frankreich das Ende der ersten von Piketty untersuchten Phase steigender Konzentration von Einkommen und Vermögen. Die Entwertung des staatlichen „Papiergeldes“ und der Untergang vieler mittelgroßer Vermögen im Staatsbankrott von Ludwig XV. hatte bereits zuvor die Zahl als auch die Höhe der Vermögen erheblich vermindert. Die Enteignungen des Adels und der Kirche durch die Revolution taten das Ihrige. Die Dienst- und Vermögenseinkommen, wie auch die aus ihnen akkumulierten Vermögen näherten sich aber an, ohne dass deswegen die Struktur der Ungleichheiten verloren ging. Es

bleiben auch die Verteilungsunterschiede im Vermögen entschieden deutlicher als bei den Verdiensteinkommen aus der Arbeit aller Art. Der Hang zur weniger ungleichen Verteilung erschöpft sich im 2. Kaisertum Frankreichs (1852-1870).

Spätestens jetzt sollte auffallen, dass von einer gesetzmäßigen, einheitlichen Entwicklung der Verteilung von Einkommen und Vermögen im Europa der Jahre, die zwischen der Erstürmung der Bastille und der Verbannung Napoleon Bonapartes nach St. Helena liegen, überhaupt nicht die Rede sein kann. Vielmehr ist es eine grobe Fehleinschätzung, wenn angenommen wird, die Feldzüge Napoleons hätten nur als externe Effekte den gesetzmäßigen Gang der französischen Verteilungsgeschichte abgeschwächt oder verstärkt. Seine Kriege haben unmittelbar die Vermögen verzehrt, die in Frankreich vor der Revolution akkumuliert worden waren. Das allerdings beschränkte sich nicht auf die Grande Nation, sondern betraf alle Fürstentümer und Königreiche, die er unterwarf oder zu seinen Bündnispartnern gemacht hat.

Nicht übersehen werden sollte: Die Protagonisten Tolstois und Dostowskys hatten zuvor keine Revolution im Zarenreich erlebt. Als Napoleon 1812 vor Moskau zur Umkehr gezwungen wurde, änderte sich nichts daran, und zwar ungeachtet der Tatsache, dass seit Menschengedenken kaum ein Zar eines natürlichen Todes gestorben war. Die Idee der Revolution war Gegenstand von durch Spitzel aufzuspürenden Diskussionen in Hinterzimmern. In „Schuld und Sühne“ hat Fjodor Michail Dostowiesky das Elend, in dem sie lebten, ausführlich dargestellt. Sein Bericht gibt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass diese Revolutionäre ohne Einfluss auf die sozialen Verhältnisse im Zarenreich waren. Sie änderten nichts an den spektakulären Einkommensunterschieden zwischen den in Sankt Petersburg lebenden Grundherren und den auf ihren Gütern von Verwaltern in jämmerlichen Verhältnissen gehaltenen Landarbeitern. Von Vermögensunterschieden konnte entsprechend nur innerhalb des Adels die Rede sein.

Keine Harmonie mit der Entwicklung in Frankreich ist zu erkennen. Nur ist offenbar nicht Russland, sondern Frankreich in diesem Fall das

Land mit der Sonderentwicklung. Erst in der Belle Époque findet die französische Nation durch das aufstrebende Bürgertum bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs zurück zu einer Ungleichverteilung wie in den anderen Ländern Europas bis hin nach Russland und ähnlich der im ancien régime ununterbrochen bestanden hatte.

Piketty unterschätzt die den europäischen Kriegen ausgehenden Veränderungen der Verteilung. Erst recht verkennt er den Konnex zwischen den von „Bewegungen“ ausgelösten Verteilungsänderungen und dem Krieg zur Wiederherstellung der vorherigen Verhältnisse in beiden Beispielen. Waterloo steht für den Sieg der Reaktion. Wohl kehrt nicht die alte Adelsgesellschaft in ihrer absolutistischen Form zurück, aber sie kehrt zurück. Sie tut es sogar mit ihren Privilegien und Unterschieden. Dies in der in England geläuterten Form der nur noch repräsentativen Monarchie.

Wieder war es dann ein Krieg, der 1870-1871 zur Ausrufung der Dritten Republik durch Gambetta und einer linken Regierung führte. Piketty ignoriert das und muss es ignorieren, auch wenn das sicher einer erheblichen Anstrengung bedurfte. Er sieht die Wende erst 1914 beginnen. Zweifellos, weil ihm der „Weltkrieg“ besser in sein Konzept passt als ein innenpolitischer und außerhalb Frankreichs offensichtlich folgenlos gebliebener Staatsstreich in seinem Heimatland. Anders verhält es sich mit dem Zweiten Weltkrieg. Er führt nach Pikettys Bedarf weltweit einheitlich bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine starke indirekte Verteilungsangleichung bei den Einkommen und den Vermögen herbei. Die Umverteilungen erfolgen zuerst in autoritär regierten Staaten wie beispielsweise in dem kleindeutschen Reich Bismarcks. Alle führen aber mehr oder weniger zum Sozialstaat oder zur Transformation privaten Vermögens in das Privateigentum an Produktionsmitteln ausschließenden Staatsbesitz der in Produktionsprozessen verwendeten Ressourcen. Die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der Staatssozialismus in der Sowjetunion sind markante Beispiele dafür. Über die Ursache der Verminderung der Unterschiede kann es keinen Zweifel geben. Das gilt auch für die Abweichungen von der Regel. Immer ist eine politische Kraft oder eine Person auszumachen, ohne die es nicht zu dieser Entwicklung gekommen wäre. Nirgends herrscht ein unabänderliches

Gesetz. Nicht zu ändern ist nur, was geschah. Die Zukunft ist deswegen auch nicht frei gestaltbar, aber sie ist gestaltbar. Insoweit kann von einem ökonomischen Gesetz nicht die Rede sein.

Nicht anders war es bei der bislang letzten Umkehr der Verteilungsergebnisse. Auf Bestehendes zurückgegriffen wurde, indem der keynesianische Ansatz zugunsten des neoklassischen des Feldes verwiesen wurde. Das geschah in den 60ern als Milton Friedmans Chicagoer Schule die theoretischen Grundlagen zur erneuten Wende legte. Dreißig bis vierzig Jahre Sozialstaatspolitik hatten bis dahin insbesondere bei den Verdiensteinkommen Veränderungen in der Verteilung bewirkt, die als endgültige Überwindung des Rentnerkapitalismus vermutet wurden. Die wichtigsten dieser Positionen sind aber durch „Reformen“ innerhalb weniger Jahre rückgängig gemacht und die Weichen sind wieder in Richtung beschleunigt steigender Einkommens- und Vermögensungleichheit gestellt worden.

Diesmal ist es tatsächlich ein weltweiter Vorgang. Dass es so ist, hat einen nicht schwer zu entdeckenden Grund. Es ist der in New York konzentrierten Hochfinanz gelungen, über das Federal Reserve System, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf der ganzen Erdkugel Verhältnisse zu schaffen, die mit denen in den Vereinigten Staaten von Amerika vergleichbar sind. Es gibt „freien“ Wettbewerb zwischen den Banken in New York und denen in Athen. Die Zentralbanken sind überall unabhängig von dem Willen der demokratischen Parlamente und finanzieren öffentliche Haushalte nicht durch Direktkredit. Regierungen zeichnen sich durch gute Regierungstätigkeit aus. Joseph Vogl zeigt in seinem gerade erschienen Buch (Vogl, et al., 2015 S. 143 ff.), dass dies gerade die Institutionen sind, die insbesondere das Finanzsystem in die Position einer Vierten Gewalt bringen, die ihr eine in der Schulökonomie unbekanntes Souveränität in Wirtschaft und Gesellschaft verschafft.

Wie energisch auch immer von allen Staaten rund um den Erdball gefordert wird, ihre Institutionen dem freien Spiel des Wettbewerbs zu unterwerfen, so deutlich erweisen sich die supranationalen Institutionen wie

der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, sowie zahlreiche Entwicklungsbanken gerade als Instrumente die das US Zentralbank System und die New Yorker Hochfinanz vor jedem Wettbewerb schützen. (Stadermann, 2014 S. 138 ff.) Die New Yorker Banken können daher hauptsächlich über ihr Zentralbankensystem und den IWF in den Finanzsektor eines jeden Landes eingreifen, ohne landesspezifische Kenntnisse erwerben zu müssen. Dass in Pikettys Welt diese Institutionen gar nicht vorkommen, entspricht klassischer und neoklassischer Tradition. Aber es hätte seiner These keinesfalls geschadet, wenn die Konzentration dort untersucht worden wäre, wo sie am krassesten wirkt.

Piketty empfindet eine dadurch wiederentstandene Diskrepanz zwischen den moralischen Grundwerten des „Westens“ und der aktuellen Verteilung des Einkommens und der Vermögen. Dies macht er durch eine Andersinterpretation von Verdienst- und Vermögenseinkommen deutlich. Er verwirft, wie weiter oben bereits erwähnt, die vorherrschende funktionale Abgrenzung. In dieser wird der Lohn als Arbeitseinkommen den Arbeitern und Überschuss in Form von Zins, Rente und Profit aus Vermögen den Kapitalisten als Einkommen zugeordnet. Dies unter heutigen Bedingungen zu tun, war nun in der Tat ein Fehler, da heute viele Vermögenseinkommensbezieher hart arbeiten und einige unter denen, die überwiegend vom Arbeitseinkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten, wenngleich zumeist bescheidene, aber – je nach Abgrenzung – in einigen Fällen sogar beträchtliche Kapitaleinkommen beziehen. Eine korrekte Erfassung kann nur eine quer durch die Personengruppen Lohn und Überschuss aggregierende Statistik liefern. Erforderlich ist eine Statistik der personalen Einkommensverteilung. Die Aussagen über die Verteilung von Vermögen und Einkommen werden andernfalls zu langweiligen Zahlenfriedhöfen. Über den Reichtum oder die Armut der Vermögenden und der Eigentumslosen sagen sie wenig oder nichts. Dies umso mehr, wenn berücksichtigt wird, dass es bei weltweit organisierter Güterproduktion immer öfter schwierig zu beurteilen ist, welcher Einkommensanteil welcher Quelle zuzuordnen ist.



Wie bei allen anderen Bewertungen auch ist hier höchste Vorsicht geboten. Oft haben beispielsweise Versuche zur transkontinentalen Steuerhinterziehung illegale und grenzüberschreitende Kapitalbewegungen die Abläufe intransparent werden lassen. Das bietet der Schulökonomik immer wieder Anlass, über „Werte zu sinnieren“. Vom intrinsischen Wert der Arbeit aber oder der Naturressourcen und des Kapitals zu philosophieren, hätten die Menschen gewiss längst aufgehört, wenn ihre unsinnige Weiterverfolgung merkwürdigerweise nicht immer noch ermöglichte, egoistische Interessen als Naturgesetze zu verkleiden.

Nebenbei bemerkt, würde der Schulökonomik mit dem Verzicht auf eine nichtsnutzige Werttheorie einer ihrer unterhaltsamsten Schlachtfelder verlorengehen, wenn jene obsiegt, die die Wissenschaftlichkeit jeder Werttheorie bestreiten. Denn, weil die Änderung eines werttheoretischen Kerns einer Theorie immer mit einer Veränderung der Bedeutung der unterschiedlichen Mitglieder der Gesellschaft verbunden ist, darf man sich nicht wundern, dass der Kampf um den „Fortschritt“ in der Wirtschaftswissenschaft mit einer Härte auf dem Campus geführt wurde, die seit den Religionskriegen selten, wenn nicht gar beispiellos geworden war. Deshalb verwundert es, wenn Piketty über die Werttheorie schweigt, aber implizit die Arbeitswertlehre in seinen Verteilungsüberlegungen als von ihm wohl präferierten Geburtshelfer seines Vorschlags zur Weltverbesserung unterstellt. (Piketty, [2013] 2014 S. 697 ff.)

Dies geschieht, wenn er Theorie-Konstruktionen, in denen die Vermögenden als Klasse einer Klasse von Arbeitern gegenüberstehen, als wertlos für die Wissenschaft der Verteilung erklärt. In Pikettys Welt löst sich diese Konfrontation auf, weil auf beiden Seiten der Barrikade für Verdiensteinkommen gearbeitet und für Vermögenseinkommen Eigentum gehalten wird. Die Gesellschafter unterscheiden sich ökonomisch nicht wesentlich danach, ob sie ihr tägliches Brot dem Bäcker mit Verdienst- oder Vermögenseinkommen bezahlen. Es macht aber einen entscheidenden Unterschied, ob sie frei darüber entscheiden können, welche bestimmt qualifizierten Leistungs- und welche Vermögensvolumen sie zur Erzielung der einen oder der anderen Einkommensart einsetzen wollen.

Da öffnet sich ein anderer Graben zwischen den Wirtschaftlern. Der nämlich zwischen denen, die Vermögen von genügender Größe zum Eigentum haben, um zumindest das Volumen an Arbeit mit eigenen Produktionsmitteln ausstatten zu können, die erforderlich sind, um das angestrebte Niveau des persönlichen Einkommens mit selbstbestimmter Arbeit zu erzielen und denen, die es nicht haben. Die Habenden sind Eigentümer von Real- und Nominalvermögenswerten mit unterschiedlichen Liquiditätsgraden und mehr oder weniger hohen Marktgängigkeit. Der Liquiditätsgrad misst die Leichtigkeit, mit der ein Vermögenswert in Geld, das den höchsten Liquiditätsgrad (1/1) hat, konvertiert werden kann.

Hohe Liquiditätsgrade erreichen Vermögenswerte, die auf geregelten Märkten gehandelt werden. Anleihen zentraler öffentlicher Haushalte aus Staaten mit hoher Bonität gehören hierzu. In Deutschland sind dies noch die Anleihen des Bundes und der Länder. Bankforderungen gegen Unternehmen oder Fonds von Rentnerkapitalisten können unter Umständen auch dazu gehören. Es eignen sich diese hierzu dann, wenn sie im Eigentum von Banken sind und zur Hinterlegung von deren Bankschuldverschreibungen, wenn sie sich refinanzieren möchten. Im idealen Fall einer gut organisierten Geldwirtschaft sollten nur für Refinanzierungen geeignete Vermögenswerte von Geschäftsbanken auf dem Kreditmarkt als Sicherheit akzeptiert werden. Das würde das Risiko der Bankaktiva absenken und eine Verminderung des bei den Banken vorzuhaltenden Eigenkapitals erlauben. Dennoch sind es stets nur wenige nominale Vermögenswerte, die den Liquiditätsgrad des Geldes erreichen, weil sie zum Beispiel von einer Zentralbank ohne Beschränkung (Draghi: „What ever it takes!“) als Sicherheit zu ihrem dadurch veränderten Marktpreis oder gar zu ihrem Nominalwert hereingenommen werden.

Geringe Liquiditätsgrade haben dagegen beispielsweise Grundstücke. Der Grund dafür findet sich in der nur formal möglichen Übertragung auf neue Eigentümer, die zeitraubend und bürokratisch ist. Der Diamant Kohinoor in seiner einzigartigen Schönheit mag dem Werte nach viele andere Vermögenswerte schlagen. Seine Marktgängigkeit aber ist gering. Nur Wenige werden darüber nachdenken, ob sie ihn erwerben wollen. Entsprechend selten wird sich ein Preis auf einem Markt ermitteln lassen.

Sein Liquiditätsgrad wird im Kopf eines Vermögenseigentümers, der daran denkt, ihn zu erwerben oder zu veräußern, nahe der Null, sagen wir, bei  $(1/99)$  liegen.

Zentralbanken refinanzieren von ihnen als geeignet bezeichnete Forderungen mit hohem Liquiditätsgrad, die Geschäftsbanken (Kredit- und Investitionsbanken) gegen die Eigentümer der von ihnen finanzierten Vermögenswerte, indem sie diese Nominalvermögen als Sicherheiten in ihrem Kreditgeschäft mit den Geschäftsbanken als refinanzierungsfähige Nominalvermögenswerte zulassen und annehmen.

Die Menge von refinanzierbaren Vermögenswerten, die Banken einsetzen können, wird durch Erwartungen der Rentnerkapitalisten determiniert. Banken können sich nur scheinbar von dieser Restriktion frei machen. Dies jedenfalls, wenn sie unter Konkurrenzbedingungen wirtschaften müssen. Dagegen ist jeder einzelne Rentnerkapitalist fraglos autonom in diesem Punkt. Ein restriktives Angebot auf dem Vermögensmarkt bedeutet – anders als Keynes es sah – keinen Einkommensverlust für den Kapitalisten. Er steht nicht vor der Alternative Geld Halten und auf Verzinsung verzichten oder Geld Aufgeben und Zins realisieren. Vielmehr hält er einen rentierenden Vermögenswert oder gibt diesen zur Expansion des Angebots von bei der Zentralbank refinanzierbaren Werten auf. Es handelt sich um einen Aktivtausch. Bei diesem refinanzieren sich die Geschäftsbanken, die die Investitionen der Rentnerkapitalisten finanzieren, bei der Zentralbank. Die Realvermögenswerte der Rentner werden im Refinanzierungsvorgange nicht verkauft; sie dienen nur als Sicherheit. Ist das Schuldverhältnis aufgelöst, stehen sie für weitere Transaktionen wieder zur Verfügung.

Nur die Eigentümer von zu bei der Zentralbank refinanzierungsfähigen Nominalvermögenswerten konvertierbaren Vermögen bestimmen, wie hoch der Zins und der Überschuss einer Beschäftigung von Arbeitskosten sein muss, um ein bestehendes Niveau der Beschäftigung aufrechterhalten zu können. Das aber heißt nichts anderes als: Sie entscheiden über die Kosten der Arbeit, die Verteilung des Einkommens unter den Eigentümer

von Vermögen, einschließlich staatlicher Stellen und damit über die Verteilung unter den Eigentümern des Vermögens.

Zu den bei einer Zentralbank refinanzierungsfähigen Nominalvermögenswerten gehören bisher mit steigender Tendenz Forderungen der Banken gegen öffentliche Haushalte. Das sind Forderungen, mit denen deren noch nicht fällige gesetzliche Steuerforderungen abdiskontiert werden. Auf den ersten Blick, könnte man annehmen, die öffentlichen Haushalte hätten damit unendlichen Kredit, weil sie sich für einen unendlichen Zeitraum oder gar in der Höhe unendlich verschulden können. Tatsächlich ist das nicht so, weil:

1. mit länger werdenden Ausleihfristen die Unsicherheit, ob zum Zeitpunkt einer jeden Zahlungspflicht die Liquidität in den öffentlichen Kassen hinreichend sein werde, um den Kapitaldienst zu leisten. Mit der Unsicherheit steigt der Zins. Jedes Land hat dabei sein eigenes Profil.

2. sind die Steuerforderungen auch in der Zukunft endlich. Der darauf zu leihende Kredit kann nicht unendlich sein.

Sicher gilt aber auch, dass die Schuldentragfähigkeit nicht eindeutig bestimmt ist, sondern nur aus dem Wandel unterworfenen Erwartungen geschätzt werden kann. Darin kommt zum Ausdruck, dass es ein Vermögen der öffentlichen Haushalte ist, das abdiskontiert wird und nicht ein Nettoschuldner ungesicherten Bankkredit gegen restriktionslos vermehrbare Zahlungsverprechen erhält. Erwartungen können sich allerdings im Nachhinein als fehlerhaft erweisen. Das kann unter Umständen eine Unterdeckung, aber auch eine Überdeckung von Forderungen zur Folge haben. In nicht korrumpierten Geldwirtschaften waren Unterdeckungen durch Kursveränderungen der Papiere als dubiose Forderung zu kennzeichnen und nach einer angemessenen Frist von der Bank durch Abschreibungen in der Bilanz als Verlust zu buchen.

In korrumpierten Geldwirtschaften halten sich die Gläubigerbanken dagegen schadlos. Sie zwingen noch zahlungsfähige öffentliche Haushalte, wenn diese von ihrem Kredit abhängig geworden sind, die dubiosen Forderungen zu Kursen über deren Marktwert anzukaufen. Das hat Folgen

für die Verteilung des Nationalprodukts auf „Vermögenseinkommen“ und „Diensteinkommen“. Verluste werden, wenn sie entstehen, von der an diesen Geschäften nicht beteiligt gewesenen Steuern zahlenden und öffentliche Güter dann weniger konsumierenden Allgemeinheit getragen, wenn die dubiosen Forderungen von den öffentlichen Stellen als uneinbringbare Forderungen abgeschrieben werden müssen. Nichts davon liest man bei Piketty, obwohl Vermögenseinkommen nach der Meinung vieler Ökonomen – auch der Pikettys – als nur gering besteuerte Einkommen eingeschätzt werden. Dabei ist eine Verteilungsrelevanz offensichtlich vorhanden.



## 7. OBEN UND UNTEN ODER DRUNTER UND DRÜBER?

**F**ür Piketty lösen sich die gesellschaftlichen Gegensätze durch Inklusion auf. Jedes Mitglied der Gesellschaft gehört mehr oder weniger der Oberschicht und der Unterschicht an. Mit den auf diese Weise harmlos erscheinenden Begriffen, die über die Zugehörigkeit zu einer Schicht entscheiden, verschwinden Konflikte auf sanfte Weise. Zugehörigkeit hat nicht Ausschluss als Gegenpol, sondern alle sitzen im gleichen Boot. Schlimmstenfalls stellt er einen Korrekturbedarf fest, weil nicht alle sich mit der gleichen Energie in die Riemen legen. Das wirkliche Problem ist aber nicht ein graduelles, das er durch Besteuerung korrigieren könnte. Nicht die Bereitschaft zum Mitrudern muss geweckt werden. Es ist – wenn dies tatsächlich erreicht werden soll – die Fähigkeit der Oberschicht, einer Unterschicht die Produktionsmittel vorenthalten zu können, die gebrochen werden müsste. Es sind die Produktionsmittel, mit denen Eigentumslose ihrer Arbeitskraft die historisch angemessene Effizienz verschaffen können. Die Produktionsmittel und die Art und Weise, wie sie den zur Arbeit fähigen vorenthalten werden können, haben sich im Verlauf der Geschichte verändert. Nie aber war dies Vorenthalten graduell, sondern Vorenthaltung war stets Ausschluss von der dem aktuellen Stand der Technik entsprechenden Wohlfahrtsproduktion.

In feudalen Gesellschaften ist es beispielsweise die Klasse der Grundherren, die durch militärische Gewalt jeden daran hindert, Boden zu bewirtschaften, der sich nicht verpflichtet, auf den von der Herrschaft selbst genommenen Flächen Frondienste zu leisten. Dass in der „freien Marktwirtschaft“ vergleichbare Gewalt institutionalisiert, konkret im Eigentum an Produktionsmitteln verkörpert ist, wird gewöhnlich nicht diskutiert. Das liegt am Untergang des unmittelbaren Aufeinandertreffens von „Herr“ und „Knecht“ im Nebel des Marktes. Es sind nicht mehr Personen, sondern die aggregierte Nachfragefunktion trifft bei, wer weiß wo und

von wem „gegebenen“ Preisen auf eine vergleichbar undeutlich aggregierte Angebotsfunktion.

Die Akteure am Markt treten bei diesen Transaktionen für die Öffentlichkeit nicht in Erscheinung. Alles, was geschieht, findet aufgrund programmierter Möglichkeiten statt, die „Spezialisten“ an die Stelle der erlebbaren Wirtschaftswirklichkeit gesetzt haben. Kein Vermögenseigentümer lässt sich sehen, nirgends die Atmosphäre von „Parkett“, weit eher der Muff von Hinterzimmern. Die, die nichts tun sind auch da, wo sie nichts tun müssen. Sie sonnen sich anonym, so lange sie nicht durch einen Parteispenskandal oder ähnlich hässliche Ereignisse aufgeschreckt werden, auf ihrer Finka auf Mallorca zum Beispiel.

Das war nicht immer so. Die oberen Zehntausend, die in die Berliner Telefonbüchern der ersten deutschen Republik als Berufsbezeichnung zuweilen „Kuponschneider“ eintragen ließen oder als „Rentiers“ in den Büchern von John Maynard Keynes der Euthanasie zustrebten, standen als Inkarnation des nicht arbeitenden Großbürgers im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Das sollte man auch erwarten angesichts der Tragweite ihrer nebenbei beim Frühstücksei und Kaffee getroffenen milliarden-schweren Entscheidung, zum laufenden Zinssatz mehr oder weniger Forderungen gegen ihr Vermögen zur Schaffung neuen Geldes verfügbar zu machen. Man ahnte, dass tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen konnten, während der Kuponschneider seinen Zucker in den Kaffee auflöst. Man wusste, dass er es tat, aber nicht, wie er es tat. Nicht anders also als heute die sachkundigen Schreiber im Finanzteil der Tageszeitungen genau wissen, dass die Geldmengenänderungen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Preisniveau haben, aber nicht welche.

In der Gegenwart arbeitet fast jeder, freilich mehr oder weniger. In der Mitte der Gesellschaft haben sowohl Einkommen der Eigentümer des Kapitals, als auch die Kosten für Löhne den Grad hoher Wichtigkeit für den Haushaltswohlstand. Entsprechend muss eine relevante Verteilungsrechnung eine personale und keine funktionale sein. Sie festzustellen, ist durch Pikettys Buch nicht einfacher, als es bisher war, geworden.



Angesichts dieser Lage sind die Konsequenzen, die er aus seinen Überlegungen zieht, als für sich Oberschichten zugehörend fühlenden Gesellschaftern nicht bedrohlich einzuschätzen. Es wird nie möglich sein, die Bedingungen für eine effiziente Kapitalsteuer, wie er selbst zugesteht (Piketty, [2013] 2014 S. 697-738), zu erfüllen. Wer sie kennenlernen möchte, sollte sie daher zuerst lesen und sich dann fragen, wie es möglich ist, das dieses Buch mit so geringen Gebrauchswert, einen so hohen Grad an Aufmerksamkeit gefunden hat. Aber vielleicht ist es gerade das Schöne an dem Buch. Es nährt denen, die angesichts der Ungleichheit der Verteilung zusätzlich unter der Last der ihnen auferlegten Steuern leiden, die Hoffnung, in der Zukunft möge einst gelingen, die Ungleichheit durch eine Steuer zu begrenzen. Es bestätigt andererseits die Erwartungen der von der Ungleichheit profitierenden Oberschicht, dass sie nichts zu befürchten haben. Sie wissen doch selbst am besten, dass sie sich jeder ihnen nicht erträglich erscheinenden Besteuerung entziehen können.



## 8. LITERATURVERZEICHNIS

Beuys, Barbara, *Leben mit dem Feind — Amsterdam unter deutscher Besetzung, 1940-1945* [Buch]. — München: Carl Hanser Verlag, 2012.

Heuser, Beatrice, *Rebellen - Partisanen - Guerilleros, Asymmetrische Kriege von der Antike bis heute*, [Buch]. — Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2013.

Keynes, John Maynard, *The General Theory of Employment Interest and Money*, [Book] / ed. The Royal Economic Society — London and Basingstoke: The Macmillan Press LTD, [1936] 1973. — *The Collected Writings of John Maynard Keynes: Vol. VII*.

Klein, Lawrence R., *The Keynesian Revolution* [Book]. — Cambridge: Macmillan, [1947] 1970. — 2. Auflage.

Lowe, Keith *Der wilde Kontinent — Europa in den Jahren der Anarchie, 1943-1950* [Buch]. — Stuttgart: J. G.Cotta'sche Buchhandlung, [2012] 2014.

Meyer-Gode, R. *Dänemarks wirtschaftspolitische Reaktion auf die Besetzung des Landes 1940/41* [Artikel] — *Nordeuropaforum*. — 2006, S. 51-70.

Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert* [Buch], Übers. Lorenzer Stefan und Utz Ilse. — München: Verlag C. H. Beck oHG, [2013] 2014.

Stadermann, Hans-Joachim, *Der stabile Euro und seine Feinde* [Buch]. — Marburg: Metropolis-Verlag, 2014.

Stadermann, Hans-Joachim, *Ökonomische Vernunft* [Buch]. — Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1984.

Stadermann, Hans-Joachim, *Ökonomische Vernunft – Wirtschaftswissenschaftliche Erfahrung und Wirtschaftspolitik in der Geschichte* [Buch]. – Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1987.

Stadermann, Hans-Joachim, *Und plötzlich sind wir alle Keynesianer – Zyklen wirtschaftlicher Regulierung und Deregulierung* [Artikel], *MERKUR – Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*. – Stuttgart: Klett-Cotta, 2009, Bd. 720.

Toqueville, Alexis de, *Der alte Staat und die Revolution* [Buch], Übers. Oelckers, Theodor. – Warendorf: Verlag Johannes G. Hoof, [2013. - 3. Auflage.

Ulrich, Volker, *Adolf Hitler – Die Jahre des Aufstiegs* [Buch], - Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, 2013.

Vogl, Joseph, *Der Souveränitätseffekt* [Buch]. – Zürich: Diaphanes, 2015.

Walter, Michael, *Hitler in der Oper, Deutsches Musikleben 1919-1945*, Stuttgart – Weimar: Verlag J. B. Metzler,[1995] 2000.